

Bocholter-Borkener Volksblatt

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt. Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken. Organ der Zentrumspartei. Jeder Volkszeitung. Geschäftsstelle: Bocholt, Kappelstr. 6. Fernsprecher 22 und 27. Verleger: Müller (Wm.) & Anholt-Melburger Zeitung

Nr. 205

Mittwoch, den 29. Juli

1925

Unbefugte Veröffentlichungen aus dem Barmat-Kutischer-Prozeß

Dr. Schacht über die Kreditpolitik der Reichsbank.

W. Berlin, 28. Juli. (Drahtb.) In der heutigen Zentralauskunftung der Reichsbank führte der Vorsitzende, Reichsbankpräsident Dr. Schacht, folgendes aus: Seit der letzten Zentralauskunftung am 23. März 1925 hat sich die immer noch gedrückte Lage der deutschen Wirtschaft auf dem Geld- und Kapitalmarkt deutlich wiedergespiegelt. Die große Nachfrage nach lang- und kurzfristigen Kapitalien hat nicht nachgelassen. Die Reichsbank hat auch in dem verflochtenen Vierteljahr ihre Aufgabe darin gesehen, der deutschen Wirtschaft so weit zu helfen, als es mit dem Schutze der Währung irgendwie vereinbar ist. Auf das Mittel der Kreditrationierung können wir dabei auch weiterhin nicht verzichten, wenn wir nicht den Zinsmarkt vollständig in Unordnung bringen wollen. Es ist kein Geheimnis, daß in den letzten Monaten die Nachfrage nach Devisen auf dem deutschen Markt sehr stark gewesen ist. Die Ursache dieses Abflusses liegt zum Teil in unserer Handelsbilanz begründet. Ein erheblicher Teil der Wirtschaft wendet dem Export nicht diejenige Aufmerksamkeit zu, die im Interesse unserer Zahlungsbilanz erwünscht ist. Andererseits wird die Kaufkraft des Inlandmarktes durch eine vielfach verfehlte gehandhabte Bewirtschaftung öffentlicher Gelder künstlich erhöht und täuscht damit eine Monjunkturbegeisterung vor, die bei der tatsächlichen Belastung der Wirtschaft notwendigerweise ein trübes Ende finden muß. Die so notwendige dauernde Stärkung der inneren Kaufkraft kann nur durch Produktionsverbesserung und insbesondere durch eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion erzielt werden.

Eine weitere Ursache der Devisennachfrage war die aus mehreren Anlässen teils politischer, teils wirtschaftlicher Natur erfolgte Kündigung kurzfristiger Auslandskredite. Die Reichsbank hat die deutsche Wirtschaft auf das Bedenken solcher kurzfristiger Auslandskredite wiederholt hingewiesen. Der vorvorläufige Politik der Reichsbank ist es zu danken, daß Schwierigkeiten bei der Rückzahlung nicht entstanden sind. Die Wirtschaft wird sich aber vor Augen halten müssen, daß die Reichsbank auch fernerhin gegebenenfalls Devisen nicht gegen Kredite, sondern nur gegen Markzahlung abgeben wird. Endlich darf nicht vergessen werden, daß auch aus den Reparationsverpflichtungen eine erhebliche Devisenbelastung für die deutsche Wirtschaft resultiert. Die Zahlungen für den Zinsendienst der Dawesanleihe, für den Reparationsvertrag und für diejenigen Verwaltungs- und Okkupationskosten, die von den Empfängern in fremde Währung umgewandelt wurden, haben bisher den Betrag von 250 Millionen Reichsmark Devisen sicherheitlich überschritten.

Daneben belasten selbstverständlich auch die Sachleistungen unsere Zahlungsbilanz direkt durch die für diese Sachleistungen erforderliche Rohstoffeinfuhr, während andererseits unsere Handelsbilanz als Ganzes durch die Grattisachleistungen erheblich verschlechtert wird. Trotzdem ist die Reichsbank in der Lage gewesen, ihren Goldbestand auf nunmehr über 1100 Millionen Reichsmark zu erhöhen. Wir beabsichtigen, in der Vermehrung unseres Goldbestandes weiter fortzuführen. Es ist ersichtlich, daß die Reichsbank in der Lage gewesen ist, allen an sie gestellten Devisenanforderungen gerecht zu werden, ohne daß sie eine Einschränkung ihrer bisher gewährten Kredite hat vornehmen müssen. Mit einer Erhöhung der Kreditgewährung seitens der Reichsbank darf aber zur Zeit nicht gerechnet werden. Wo immer sonst Einrichtungen für die Wirtschaft seitens der Reichsbank nötig erscheinen, sind wir bemüht, solche herbeizuführen.

Dann legte der Vizepräsident des Reichsbankdirektoriums Kaufmann die Gründe dar, die gegen eine Diskontermäßigung der Reichsbank sprechen. Der mit seinen Mitgliedern und Stellvertretern fast vollständig ersichene Zentralauskunftung billigte den Standpunkt des Reichsbankdirektoriums einstimmig und hielt in Anbetracht der derzeitigen Lage des Geldmarktes eine weitere Diskontherabsetzung für nicht möglich.

Ein deutscher Gelehrter in den Völkerverbund berufen.

tu. Karlsruhe, 28. Juli. (Tel.) Die Völkerverbundskommission für geistige Zusammenarbeit hat den Professor der Nationalökonomie an der Freiburger Universität, von Schulze-Gaevernig, zum Leiter der Abteilung für wissenschaftliche Fragen ernannt.

Deutschnationale und Staatsanwalt hand in hand.

Sensationelle Enthüllungen des „Vorwärts“.

W. Berlin, 28. Juli. (Drahtb. unterm Berliner Vertreters.) Durch das Wolffsche Telegraphenbüro wird heute eine Meldung verbreitet, nach der die Berliner Kriminalpolizei heute morgen verschiedene Hausdurchsuchungen in einem politischen Nachrichtenbüro vorgenommen hat, das die Quelle zahlreicher Veröffentlichungen in der Barmat-Kutischer-Affäre gebildet hat, ebenso bei Angestellten dieses Büros und bei zwei höheren Justizbeamten, die mit der Bearbeitung jener Sache beschäftigt waren. Das Vorgehen der Kriminalpolizei beruht auf dem Verdachte der unbefugten Veröffentlichung amtlicher Schriftstücke eines schwebenden Strafprozesses, die von der Durchsuchung Betroffenen wurden bei der Kriminalpolizei bereits einer ersten Vernehmung unterzogen. Nach Abschluß der vorläufigen Vernehmung werden die Vorgänge der zuständigen Staatsanwaltschaft zur weiteren Verfolgung der Angelegenheit zugeleitet werden.

Man erinnert sich, wie seiner Zeit die Unterjochung gegen Barmat und Kutischer von der deutschnationalen Presse in einer geradezu kanakalösen Weise parteipolitisch ausgebeutet wurde. Man wunderte sich damals, besonders über die Tatsache, daß einzelne rechts stehende Organe in der Lage waren, Informationen zu veröffentlichen, die eine Kenntnis des Inhaltes amtlicher Akten verrieten. Die jetzt eingeleitete Untersuchung soll offenbar der Klarstellung dieser Vorgänge, insbesondere der Feststellung dienen, inwieweit Beamte daran beteiligt waren.

Wie der „Vorwärts“ zu dieser Angelegenheit noch weiter erzählt, sind diese Maßnahmen der Kriminalpolizei erfolgt auf Grund umfangreichen Materials, das den Behörden vor einiger Zeit zugeleitet wurde. Der „Vorwärts“, dem dieses Material bereits vorgelegen hat, teilt eine große Reihe von Einzelheiten daraus mit. Aus dem Material ist ersichtlich, daß in der ganzen Barmat-Kutischer-Affäre die Staatsanwaltschaft in engster Fühlung mit Stellen der

Deutschnationalen Volkspartei gearbeitet hat. Im einzelnen teilt der „Vorwärts“ dann sehr ausführlich mit, daß bei der Deutschnationalen Volkspartei in Berlin ein eigenes Büro unter einem früheren Oberregierungsrat Goebel für die politische Ausschaltung der Barmat-Affäre eingerichtet worden war. Dieses Büro stand mit einem zweiten Büro in der Lühnowstraße in Verbindung. Der „Vorwärts“ nennt als den eigentlichen Leiter dieses Büros einen gewissen Herrn Knoll, der sich meistens Dr. Kluge nannte, später auch andere Namen führte. Unter den Angestellten dieses Büros findet man auch den Namen des von der Erhardt-Brigade her bekannten Kapitanleutnants Kauter und verschiedene andere Journalisten und Schriftstellerische tätige Angehörige der Rechtsparteien. Unter den Geldgebern erwähnt der „Vorwärts“ den Berliner Vertreter der „Bergisch-Märkischen Zeitung“, Herrn W. Badmeier, und den deutschnationalen Abg. Leopold. Weiter macht der „Vorwärts“ sehr detaillierte Angaben über die Beziehungen dieses Büros zur Reichspresse: zur „Deutschen Zeitung“, „Berliner Börsenzeitung“ (deren Kopfblatt beinahe die „Westfälische Landeszeitung“ in Münster ist. Die Red.) und zur Telegraphen-Union. Der „Vorwärts“ belegt seine Angaben mit zahlreichen Briefen und Akten, die im Wortlaut wiedergegeben werden.

Die zuständigen Stellen werden nicht unterlassen dürfen, mit aller Energie die restlose Klärstellung dieser Vorgänge zu betreiben. Wenn es zutreffen sollte, — was der „Vorwärts“, heute behauptet, — daß das von der Reichspresse veröffentlichte Material zum Teil durch gestohlene Akten zustande gekommen sei, zum großen Teile aber direkt von der Staatsanwaltschaft stammt, die dem Büro (gemeint ist das politische Büro in der Lühnowstraße) willig nicht nur Einblick in die Barmat-Akten gewährte, sondern ihm sogar leihweise einzelne Originaldokumente aus den Akten zur Verlegung an deutschnationale Journalisten und Abgeordnete, sowie von der Staatsanwaltschaft gefertigte Abschriften wichtiger Dokumente überließ, so hat die Öffentlichkeit einen berechtigten Anspruch darauf, über diese Dinge eine restlose Aufklärung zu erhalten.

Die Krise im Ruhrbergbau.

Besprechungen im Reichsarbeitsministerium.

tu. Berlin, 28. Juli. (Tel.) Im Reichsarbeitsministerium fand heute unter der Leitung des Arbeitsministers eine Besprechung der Arbeitsgemeinschaft, Gruppe Ruhrbergbau, über die Lage im Ruhrgebiet, die Mittel und Wege zu deren Behebung statt.

Wie der Minister in der Einleitung ausführte, handelt es sich in keiner Weise nur um augenblickliche Absatzstörungen, sondern um eine allgemeine Krise auf dem Weltkohlenmarkt, wie die Schwierigkeiten des englischen Bergbaues zur Genüge zeigten. Seitens der Arbeitervertreter wurde hervorgehoben, daß es für die bedrängte Lage der Bevölkerung und der Wirtschaft im Ruhrgebiet dem übrigen Deutschland und auch im besonderen der Reichsregierung an dem nötigen Verständnis fehle. Grundursache der kritischen Lage des Ruhrbergbaues sei der Krieg mit seinen Nachwirkungen, insbesondere die Ruhrbesetzung. Die Wendung der außenpolitischen Lage sei in erster Linie ein Erfolg der nationalen Haltung der Bevölkerung an Rhein und Ruhr und insbesondere der Arbeitnehmerschaft. Das Ruhrgebiet müßte als Notstandsgebiet anerkannt und behandelt werden. Den Beschlüssen in ihrem jetzigen Rahmen müsse Einhalt geboten werden. Wüßte die Regierung es, zu ermöglichen, daß die Halbenbestände abgesetzt werden könnten. Durch Notstandsmaßnahmen müßte die Wirtschaft im Ruhrgebiet aufrechterhalten werden. Von Arbeitgebern und Arbeitnehmern wurden wegen Ueber- und Spannung der Steuerlasten und der hohen Materialpreise geführt, wozu noch die hohen Lasten der Sozialfürsorge kämen. Dementsprechend forderten die Arbeitgeber Einführung der Vorkriegsarbeit und die Einschränkung der Sozialversicherung auf den Vorkriegsstand.

Ministerialdirektor Grötker warnte demgegenüber vor übertriebenen Zahlen über die soziale Belastung. Einzelne Unternehmerführer errechneten die soziale Belastung für 18 Millionen Menschen auf volle 52 Wochen, während infolge Erwerbslosigkeit, Krankheit und sonstige Ausfälle nur 35–36 Wochen pro Jahr in Betracht kommen. Der Fragenkomplex über den Schicksal der Arbeitnehmer bei Stilllegungen und Betriebseinsparungen wird in einer gemeinsamen Kommission, die in den nächsten Tagen zusammentritt, eingehend beraten werden, sowie die Differenzen wegen des Ausmaßes der sozialen Belastungen. Auf die Klagen von Arbeitnehmern über Anwerbung ausländischer Arbeiter für den deutschen Bergbau wurde vom Reichsarbeitsministerium bedauert, daß einzelne Mißgriffe den Arbeitnehmern in dieser Beziehung unterlaufen seien, sie für die Folge unterbunden würden. Auch von Arbeitgeberseite wurde die Einstellung ausländischer Arbeiter verurteilt. Auf Wunsch der

Arbeitnehmer-Organisationen findet morgen in der Reichskanzlei eine Besprechung zwischen der Reichsregierung, der Landesregierung, und den Arbeitnehmerverbänden über die Lage im Ruhrgebiet statt.

Die Einkommensteuer im Reichstag.

W. Berlin, 28. Juli. (Tel.)

Vizepräsident Dr. Bell eröffnet die Sitzung um 120 Uhr und erklärt, der Vorkommnisse habe sich eben über die Geschäftslage geeinigt. Zur Durchführung der in Aussicht genommenen Maßnahmen soll daher die heutige Sitzung um eine halbe Stunde verlagert werden. Nach Eröffnung der neuen Sitzung gegen 2 Uhr erklärt Dr. Bell, der Vorkommnisse sei überlegen, jeweils einige Paragraphen zur Beratung zusammenzuführen und die Redezeit für die zusammengefügten Paragraphen auf 20 Minuten, für die Lohnsteuerparagraphen auf 30 Minuten zu bemessen. Die Abstimmungen sollen immer nach Beendigung der Beratung dieser Paragraphen stattfinden.

Das Haus wendet sich der Beratung der Paragraphen 2 bis 5 des Einkommensteuergesetzes zu, die die Steuerträger bezeichnen und die steuerbaren Einkünfte aufzählen.

Das Haus stimmt diesem Teile des Gesetzes zu. Zu den Paragraphen 6–14, welche die zur Einkommensteuer herangezogenen Einkünfte betreffen, beantragt Abg. Dr. Fischer (Dem.), im Paragraphen 14 zu lagern: „Die auf Grund der Personalabbauverordnung gezahlten Abfindungssummen unterliegen der Einkommensteuer nicht.“ Redner beantragt weiter, daß den im Auslande tätigen Deutschen, die ihren Wohnsitz in Deutschland behalten, die im Auslande gezahlte Steuer auf die deutsche Einkommensteuer angerechnet wird. Der Antrag Dr. Fischer wird abgelehnt.

Die Paragraphen 6–14 werden unverändert angenommen. Bei der gemeinsamen Beratung der Paragraphen 15 und 16 werden die sozialdemokratischen und kommunistischen Änderungsanträge abgelehnt und die Paragraphen 15 und 16 unverändert angenommen.

Paragraph 17 behandelt die abzugsfähigen Sonderleistungen. Unter Ablehnung der Änderungsanträge werden die Paragraphen 17–29 in der Ausschussfassung angenommen.

Abg. Dr. Fischer (Dem.) beantragt die Einfügung eines Paragraphen 29a, wonach bei Gewerbetreibenden, die Handelsbücher führen, der zu versteuernde Gewinn nach dem Durchschnitt der letzten drei Wirtschaftsjahre berechnet werden soll. Abg. Dr. Seydewitz (Soz.) bezeichnet es als einen Beweis der Verantwortungslosigkeit der Regierungsparteien, daß auch Abg. Reinath (D. Wp.) den gleichen Antrag eingebracht. Abg. Neubauer (Komm.) Der Antrag Reinath sei nur gestellt worden, damit die Deutsche Volkspartei bei der nächsten

Wahl nicht die Korruptionsgelder der Industrie vertilgt. (Unruhe und Proteste rechts.)

Die Unruhe regte sich. Abg. Winnefeld (D. Sp.) macht dem Redner energische Vorwürfe. Von den Kommunisten wird Winnefeld zugerufen: „Halts Maul, du Dickkopf! Du Kennenmeister!“ Im Hause bilden sich erregte Gruppen.

Vizepräsident Dr. Bell schließt schließlich Ruhe durch die Androhung der härtesten Geschäftsordnungsmäßigen Maßnahmen.

Die gleichlautenden Anträge Dr. Fischer (D.) und Reinach (D. Sp.) werden darauf gegen die Stimmen der Volkspartei und der Demokraten abgelehnt.

Die Paragraphen 30 und 31 werden unverändert angenommen. Paragraph 32 der Regierungsvorlage wollte die Besteuerung bei der Veräußerung eines Gewerbebetriebes dann eintreten lassen, wenn der Veräußerungsgewinn den Betrag von 5000 Mark übersteigt.

Der Ausschuss hat die Grenze für die Steuerfreiheit bis zu 25 000 Mark erhöht. Die Sozialdemokraten beantragen die Wiederherstellung der in der Regierungsvorlage vorgesehenen Grenze von 5000 Mark. Die Kommunisten haben dazu namentliche Abstimmung beantragt, die um 7 Uhr abends stattfinden soll. Die Demokraten beantragen dagegen eine Verringerung der Fassung in der Weise, daß der Veräußerungsgewinn besteuert werden soll, soweit er den Betrag von 25 000 Mark übersteigt. Dieser Antrag wird von den Rednern der Kommunisten und Sozialdemokraten scharf bekämpft.

Beim Paragraphen 34 wird ein Antrag der Sozialdemokraten und Kommunisten, der durch eine andere Fassung Steuerhinterziehungen in den inländischen Zweigstellen eines ausländischen Unternehmens verhindern will, im Hammersprung mit 241 gegen 20 Stimmen abgelehnt. Die Kommunisten und die meisten Sozialdemokraten haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt. Paragraph 34 wird unverändert angenommen.

Um 7 Uhr wird darauf namentlich abgestimmt über den Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage im Paragraphen 32, d. h. auf die Begrenzung des steuerfreien Veräußerungsgewinns auf 5000 Mark statt 25 000 Mark. Bei Beginn der Abstimmung ruft Abg. Höllein (Komm.): „Reißes stimmen tot (Rein), alle anderen weiß (Ja).“

Die Sozialdemokraten, Kommunisten und Völkischen stimmen für den Antrag, die Zentrumsabgeordneten enthalten sich der Abstimmung. Der Antrag wird mit 162 gegen 159 Stimmen bei 72 Enthaltungen abgelehnt. Der Antrag Dr. Fischer (Dem.) zum Paragraphen 32 wird gleichfalls abgelehnt. Nachdem Paragraph 33 angenommen ist, wird auch Paragraph 37 nach Ablehnung eines demokratischen Antrages in der Fassung der Vorlage angenommen.

Es folgt die Besprechung des Paragraphen 41 usw., der die Leistungsgewinne aufzählt.

Abg. Höllein (Komm.), der das Wort hierzu erhält, wird mit Zurufen empfangen und antwortet darauf: „Präsident Loebe mahnt ihn zur Ruhe. Abg. Höllein: Dann lagen Sie erst einmal diesen Vorlesungen (nach rechts), daß Sie ruhig sein sollten.“

Präsident Loebe ruft den Abg. Höllein zur Ordnung, der daraufhin einigen Abgeordneten der Rechten zuzurufen: „Gucken Sie in den Spiegel, dann werden Sie an Dayton erinnert (Heiterkeit).“ Dann begründet der Redner einen Antrag, der die Freilassung eines Betrages von 500 Mark bei der Besteuerung von Leistungsgewinnen, wie sie die Vorlage bestimmt, verlangt.

Bei der Besteuerung nach dem Verbrauch weist Abg. Dr. Klenk (D. Sp.), kommunistische Angriffe zurück. Redner beantragt eine Fassung, wonach das Finanzamt, wenn der Verbrauch eines Steuerpflichtigen höher als sein angegebener Einkommen ist, den Verbrauch als steuerbares Einkommen zugrunde legen kann, soweit der Steuerpflichtige nicht nachweist, daß er den Verbrauch aus steuerfreien Einkommnissen oder aus seinem Vermögen bestritten habe.

Ein Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage wird mit 238 gegen 145 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Unter Vänderung aller Verränderungsanträge wird dann die Ausschussfassung gestützt, die ebenfalls dem Finanzamt die Möglichkeit gibt, den Verbrauch als steuerbares Einkommen unter gewissen Voraussetzungen festzusetzen. Die zurückgestellte Abstimmung beim § 42 ergibt ebenfalls Annahme der Ausschussfassung. Anträge auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage werden mit 201 gegen 145 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen. Ein Verlagsantrag der Kommunisten wird mit den Stimmen der Linken und des Zentrums angenommen. Das Haus vertagt sich auf Mittwoch, 1 Uhr nachmittags. Weiterberatung. Schluß nach 10 Uhr.

Erledigung der Zollvorlage noch vor den Reichstagsferien.

tu. Berlin, 28. Juli. (Tel.) Der Vizepräsident des Reichstages trat heute Mittag zu einer längeren Sitzung zusammen, um sich mit dem Arbeitsplan zu beschäftigen. Im Prinzip kam eine Einigung dahin zustande, daß die Zollvorlage noch in diesem Tagungsabschnitt des Reichstages im Anschluß an die Steuerreform erledigt werden soll. Zu diesem Zwecke sollen die Plenarsitzungen länger ausgedehnt und die Redezeit verkürzt werden. Bis zu welchem Zeitpunkt dann der gesamte Beratungsstoff erledigt werden kann, steht noch nicht fest. Zur Klärung dieser Frage trat ein Unterausschuß des Vizepräsidenten sofort zusammen, in dem sich die Rechten, die Sozialdemokraten und die Kommunisten erklärten sich bereit, im Interesse einer ordnungsmäßigen Erledigung aller Gesetze weiter zu tagen. Der Unterausschuß beschränkte sich darauf, den Arbeitsplan für die Beratungen der Steuerreform, im einzelnen festzulegen. Für eine Anzahl der Steuererlasse soll bei der Generaldebatte eine einstündige Redezeit für jeden Redner bestimmt werden; in der Spezialdebatte, in der einmal eine Anzahl von Paragraphen zusammengefaßt werden sollen, eine Redezeit von 20 Minuten. — Der endgültige Schluß des gegenwärtigen Tagungsabschnittes ist noch ungewiß. In parlamentarischen Kreisen rechnet man mit einer Tagung bis zum 15. August.

Der Umfang der Hindenburg-Amnestie.

tu. Berlin, 28. Juli. Die schon in der Presse vielfach erörterte Frage, ob der Rahmen der Hindenburg-Amnestie nicht zu eng gefaßt sei, führte bei der Beratung dieser Vorlage im Reichsausschuß des Reichstages zu einer längeren Debatte. Von sozialdemokratischer, kommunistischer und auch demokratischer Seite wurde dabei versucht, auch Zuchthausstrafen, soweit sie sich auf politische Delikte beziehen, dem Rahmen der Amnestie einzuverleiben. Diese Anträge wurden aber meist mit einer Mehrheit von 13 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Dagegen entschloß man sich entgegen der Vorlage, Gefängnis- und Festungsstrafen bis zur Höhe von zwei Jahren zu amnestieren, während die Vorlage nur einjährige Strafen vorsah. Wenn danach verfahren würde, würden etwa 100 vom Reichsgericht verurteilte Personen unter den Straferlaß fallen. Weitere 60 haben Strafen bis anderthalb Jahren erhalten, so daß sich also der Kreis der Amnestierten jetzt wesentlich erweitern würde. Bemerkenswert ist, daß ein deutschnationaler Antrag auf Streichung des Abjages, der die Landesverratsdelikte in die Amnestie einbezieht, abge-

Der englisch-französische Meinungs-austausch über die deutsche Antwortnote.

Differenzen in einigen wesentlichen Punkten.

X Paris, 28. Juli. (Tel.) Der englische Botschaftsrat Philipp hat am Montag nachmittag dem politischen Direktor des Quai d'Orsay einen Besuch abgestattet und eine mündliche Erklärung über die Stellungnahme der englischen Regierung zur deutschen Antwortnote abgegeben. Aus diesen Ausführungen ist zu entnehmen, daß die englische Regierung in einigen wesentlichen Punkten mit der französischen Regierung nicht einer Meinung ist.

Ueber den englischen Standpunkt zur deutschen Note, der gestern Berthelot mündlich übermittelte wurde, glaubt „Journal“ mitteilen zu können, daß die englische Regierung vorläufig auf eine Konferenz verzichten wolle. Sie pflichtet der französischen Auffassung bei, daß die Unterzeichnung des Garantiepactes ohne jeden Einfluß auf die Rheinlandsbesetzung bleiben müsse. Uebereinstimmung bestünde weiter über das Prinzip des deutschen Eintrittes in den Völkerbund und über die juristische Verpflichtung, daß die Schiedssprüche obligatorisch sein müssen und keinen juristischen Charakter haben dürfen, wobei die englische Regierung besonderes Gewicht auf die Feststellung lege, daß dieses Prinzip auf die Auslegung stütziger Punkte des Versailler Vertrages zur Anwendung komme. Zu tiefergehenden Meinungsverschiedenheiten gebe dagegen die Frage Anlaß, ob Sanktionen automatisch ergriffen werden dürften oder ob zunächst eine unparteiische Entscheidung erforderlich sei. Die Klärung dieser Frage sei von besonderer Bedeutung, da es sich in erster Linie um die Stellung der Maßnahmen handle, die auf Grund eines Verfalles gegen die entmilitarisierte Rheinlandszone bestimmt würden. Ein Gegenstand bestünde ferner in der Frage der Garantierung der Schiedsverträge durch Frankreich.

Von den anderen Morgenblättern gibt auch der „Petit Parisien“ zu, daß die französische Forderung nach Garan-

tierung der Schiedsverträge im Osten zur Zeit den größten Stein des Anstoßes zwischen Frankreich und England bilde. Der Londoner französische Botschafter de Fleuriau hat nach dem „Petit Parisien“ neue Instruktionen erhalten, die sich auf die französische Auslegung gewisser Fragen des internationalen Rechtes beziehen.

„Le Nouvelle“ macht in einer Besprechung der Wiederannäherung Frankreichs und Englands die Feststellung, daß England für ein Entgegenkommen in der europäischen Politik die Unterstützung Frankreichs in Asien fordere. Die Zugeständnisse Englands an Rhein und sogar an der Weichsel sollten durch eine Solidarität in der französischen Politik mit England in China erkaufte werden. Das Blatt glaubt zu wissen, daß dementsprechende Instruktionen an den französischen Gesandten in London ergangen sind und warnt Briand vor allzu weitgehenden Verpflichtungen. Das Blatt macht auf die bedenklichen Folgen aufmerksam, die ein allzu schnelles Vorgehen Frankreichs in China nach sich ziehen würde.

Wie die Blätter mitteilen, sind augenblicklich die diplomatischen Verhandlungen zwischen London und Paris außerordentlich lebhaft. Das „Petit Journal“ erzählt, daß der juristische Sachverständige im Quai d'Orsay, Fromageot, gestern aus London zurückgekehrt sei, wo er verschiedene Male mit dem englischen Sachverständigen des Foreign Office, Sir Hurst, verhandelt habe. Bei diesen Sachverständigenverhandlungen habe es sich nicht allein darum gehandelt, die juristischen Unterlagen für die französisch-englische Einigung hinsichtlich der Beantwortung des deutschen Memorandums festzulegen, sondern eher darum, den eigentlichen Text des Garantiepactes vorzubereiten, der Gegenstand der ganzen Verhandlungen sei. Chamberlain und Briand, so betont der „Petit Journal“, hätten absolut den Wunsch, vorwärts zu kommen, klar zu sehen und zum Schluß zu kommen. Sie seien absolut zu einer präzisen Besprechung mit Deutschland bereit, wenn Deutschland wirklich ein Vorwärtsschreiten der Verhandlungen wünsche.

Von Nah und Fern.

Republikshub und „Zentralkommission“. tu. Berlin, 28. Juli. (Tel.) Die von dem Reichstagsabgeordneten Gramann im „Hamburger Echo“ aufgestellte Behauptung, daß das Reichsministerium des Innern seit mehr als Jahresfrist aus dem Republikshub einen Geheimbund mit Namen „Zentralkommission“ unterhalte, entbehrt, wie die „Telunion“ anzu-
sichender Stelle erzählt, jeder Begründung. Das Reichsinnenministerium hat mit dieser Organisation in keiner Zeit, weder unter der Amtstätigkeit des Reichsministers Dr. Jarres noch unter dem Reichsminister Schiele irgendwie Beziehungen unterhalten.

Vom Blüth erschlagen. w. Hamburg, 28. Juli. (Draht.) Nach einer Blättermeldung aus Hamburg wurden bei einem kurzen Gewitter in einem Restaurant in Elmshorn zwei junge Leute vom Blüth getroffen und sofort getötet.

Großer Brand bei Hannover. w. Neustadt bei Hannover, 28. Juli. (Draht.) Heute mittag brach in dem Restaurant „Waldeslust“ Großfeuer aus, das schnell auf die umliegenden Häuser übergriff und diese in Brand setzte. Bis jetzt wurden über ein Dutzend Häuser eingeschädelt. Das Feuer nähert sich dem Bahnhof Neustadt. Dampf-
sprinken von Stabe, Aperson, Buxtehude sind in Tätigkeit, um den Brand zu beschränken, der noch andauert.

Berufung im Offenprozeß abgelehnt. tu. Washington, 28. Juli. (Tel.) Der Washingtoner Gerichtshof hat gestern die Berufung im Offenprozeß abgelehnt mit der Begründung, daß eine Mißachtung der Bibel durch die Darwinische Theorie nicht gegeben sei. Mit diesem Urteil des Washingtoner Gerichtshofes dürften auch die Prozesse begraben sein, die nach dem Muster des Prozesses in Dayton gegen Lehrer angeklagt werden sollten, die gleichfalls die Evolutionstheorie lehrten. Es verlautet, daß die Washingtoner Regierung die durch den Offenprozeß geschaffenen Konflikte, die sich zu einem Kulturkampf auszuweiten drohten, nach dem Tode Bryans endgültig zu beenden beabsichtigt sei.

Die letzten Meldungen.

Neuregelung des Kommandos in Marokko. tu. Paris, 28. Juli. (Tel.) Die militärischen Befehlshaberhältnisse in Marokko sind jetzt neu geregelt worden. Der Marschall Liauten verfügt über die Streitkräfte zu Lande und zu Wasser, unter ihm steht General Nau-
lin als Oberster Kommandant der beweglichen Fronttruppen, während die außerhalb des Operationsgebietes liegenden Truppen unter dem direkten Oberbefehl des Marschalls Liauten verbleiben. Ihm untersteht ebenfalls die Leitung der politischen Propaganda in der Operationszone.

England finanziert den eisenbahnschnellen Eisenbahnbau. tu. Neval, 28. Juli. (Tel.) In Neval ist ein Abkommen zwischen dem Verkehrsministerium und der englischen Firma Becos über eine Anleihe von 110 000 Pfund Sterling unterzeichnet worden. Die Anleihe soll für den Bau der eisenbahnschnellen Eisenbahnen verwendet werden. Garant der Anleihe ist die englische Regierung.

Markt- und Frankenschuldnottierungen. h. New York, 28. Juli. (Funkpruch.) Schlußkurs der Markt 23,80—82. 100 Franken gleich 4,72½ Dollar.

Getreidenottierungen. h. Chicago, 28. Juli. (Funkpruch.) Schlußnotierungen: Weizen: Juli 153½, Sept. 151½, Dez. 153½, fest: Mais: Juli 106½, Sept. 107½, Dez. 81½, fest: Hafer: Juli 43½, Sept. 43½, Dez. 46½, unregelmäßig; Roggen: Juli 95, Sept. 98½, Dez. 102½, fest.

Baumwollnotierungen. h. Bremen, 28. Juli. (Eig. Draht.) Schlußnotierungen: Juli 27,00—50; September 26,40—75; Oktober 26,54—61; Dezember 26,56—60; Januar 26,44—49; März 26,57—67; Mai 26,72—82.

h. Liverpool, 28. Juli. (Funkpruch.) Umfaß 4000, Import 14 800, f. d. Exp. 1000. Schlußnotierungen: Iota 13,94; Juli 13,66; August 13,41; September 13,23; Oktober 13,12; November 13,10; Dezember 13,12; Januar 13,13; Februar 13,13; März 13,18; April 13,18; Mai 13,22; Juni 13,18.

h. New York, 28. Juli. (Funkpruch.) Stetig. Schlußnotierungen: Iota 25,55; Juli —; August 24,62—82; September 25,84—84; Oktober 25,02—05; Dezember 25,17—18; Januar 24,60—61; März 24,87—88; April 25,00—80; Mai 25,13—13, Zufuhr: Atlantik 6000, Golf 4000, Frankreich 2000.

Deutsch-tschechischer Grenzzwischenfall.

tschechische Kommunisten greifen deutsche Soldaten an.

w. Stischberg (Schlesien), 28. Juli. (Draht.) Wie der „Bote aus dem Riesengebirge“ meldet, kam es am Sonntag früh auf dem Kamme des Riesengebirges am Fuße der Schneekoppe hart an der Grenze zu einem Zusammenstoß zwischen einer auf einem Ausflug begriffenen Kompanie des Infanterieregiments 6 aus Schwerin und einem größeren Trupp tschechischer Kommunisten. Die unbewaffnete Kompanie war schon am Abend vorher auf ungewissen Reichsdeutschem Boden von tschechischen Kommunisten belästigt und provoziert worden. Als die Truppen am Sonntag früh auf einem parallel mit der Grenze 20 Meter diesseits der Grenze verlaufenden Wege marschierten, wurden sie von den Tschechen mit schweren Steinen beworfen. Zur Abwehr stützten sich eine Anzahl Soldaten mit ihren Spazierstöcken auf den tschechischen Trupp und trieben ihn über die Grenze. Dabei fand, was unermesslich war, auch einige Soldaten auf einige Augenblicke wenige Schritte über die Grenze gekommen. Einige, nachdem sie zusammenstoßen leicht verwundete Tschechen konnten, nach dem sie verbunden worden waren, ihre Wanderung fortsetzen.

tausch

ge im Osten zur
des zwischen Front-
anzahlige Postkister
neue Instruktionen
ung gewisser Fragen

er Besprechung der
nds die Feststellung,
n der europäischen
eich in Asien
Rhein und sogar an
arität in der
and in China
wissen, daß dement-
ischen Gefandten in
vor allzu weitgehen-
auf die bedenk-
allzu schroffes
a nach sich ziehen

stidlich die diplo-
en London und
Das „Petit Jour-
dige im Quai d'Or-
urückgelehrt sei, wo
Sachverständigen des
habe. Bei diesen
nicht allein darum
s französisch-englische
s deutschen Memo-
e eigentlichen
ubereiten, der
Chamberlain
hätten abfolut
leben und zum Ab-
einer präzisieren
bereit, wenn
der Verhandlungen

ern.

umission“.

n dem Reichstags-
rcho“ aufgestellte
nsterium des
Republikumsfond
„Zentralom-
„Relunion an zu-
ung. Das Reichs-
on in seiner Zeit,
infinsters Dr. Jar-
le irgendwie Be-

einer Blättermel-
Gemitte in einem
ut vom Bfz ge-

(Drahtb.) Heute
Großfeuer aus, das
ang und diese in
end Säule einge-
Neutloster. Dampf-
in Tätigkeit, um

teht.

Washingtoner
ag im Affen-
a, daß eine Mihi-
winische Theo-
teil des Wahjng-
eife begraben
Dayton gegen Lehs-
s die Evolutions-
ingtoner Rea-
onen Sensationen,
drohten, nach dem
beitzet sei.

agen.

Paroffo.

ischen Beschlüssen
orden. Der Mar-
eiträfte zu
t General Nau-
beweglichen
des Operationsge-
in Oberbefehl des
tersteht ebenfalls
r Operationsjone-
isenbahnban.

in Abkommen
englischen Firma
Sterling unter-
Bau der est-
orden. Garant der

agen.

ukurs der Markt

chlußnotierungen:
%, fest; Mats:
fer: Juli 43%,
agen: Juli 95.

chlußnotierungen:
26,54-61; De-
26,57-67; Mai

at 4000, Import
oto 13,94; Juli
13,12; November
tar 13,13; März

ig. Schlußnotie-
-62; September
-17-18; Januar
Mai 25,13-18,
2000.

Es ist die höchste Zeit!

Infolge neuer postalischer Vorschriften müssen die Anmeldungen für den Zeitungsbezug früher wie bisher erfolgen. Wir bitten daher unsere Postbezieher, die nicht beim Briefträger bestellt haben, solches noch heute in unserer Geschäftsstelle, Nobelstraße 6, zu besorgen.

Bocholter Volksblatt.

Aus der Heimat.

Bocholt, den 29. Juli 1925.

3. St. Georgius-Schützenverein. Die weiteren Veranstaltungen des diesjährigen Schützenfestes hatten etwas unter dem Bitterungsumschwung, der uns Wind und Regen brachte, zu leiden. Aus diesem Grunde mußten die abendlichen Gartenkonzerte leider ausfallen. Während des Rückmarsches zum Markt Mittags und Abends und während des Festzuges gestern Nachmittag blieb es erfreulicherweise trocken. Zu unserem gestrigen Bericht ist noch nachzutragen, daß Herr Bürgermeister Brochhoff in seiner Ansprache vor Beginn des Bogelschießens überaus schöne und zu Herzen gehende Worte über die Bedeutung und den Zweck der Schützenvereine fand. Er ging aus von dem Gedanken der Behauptung und der Verteidigung der Heimat, dem die alten Schützengilden ihre Entstehung verdanken. Schon im 14. Jahrhundert seien die Bocholter Schützen einem Aufruf des Fürstbischöfs von Bielefeld gefolgt, um Reichseinheit und Vaterland gegen welsche Feinde zu verteidigen. In der Entscheidungsschlacht bei Kleve hätten zwei St. Georgius-Schützen die Wiege zur Heimat Erde mit ihrem Blute besiegt. Er wünschte dem Verein auch weiterhin vollen Erfolg bei seinem Bestreben, die alte Tradition der Schützengilden hochzuhalten, getreu dem Wahlspruch: Gut und Blut für's Vaterland. — Ueber das Ergebnis des Bogelschießens u. die Zusammensetzung des Hofftaates berichteten wir bereits gestern. — Am Montag Abend gegen 6,30 Uhr fand im großen Saale des Schützenhauses die feierliche Enthronisation statt. Nachdem das Bataillon aufgestellt genommen hatte, begrüßte der Präsident, Herr Theodor Schwarz, die Anwesenden, insbesondere Frau Vizepräsident Besemann, die Ehrenmitglieder und Herrn Bürgermeister Brochhoff. In seiner Festrede betonte er, daß jedes Mitglied des St. Georgius-Schützenvereins die Pflicht habe, persönliche Interessen zurückzustellen gegenüber der großen Sache, der alle gemeinsam dienen wollen. Er wies hin auf das Beispiel Hindenburgs, der, wenn auch in tiefer Seele Monarchist, doch dem Rufe der Republik gefolgt sei und ihr seine Dienste zur Verfügung gestellt habe. Die Rede klang aus in ein Hoch auf das deutsche Vaterland, das Königspaar der Hofftaats u. die vier besten Schützen des Vereins. Darauf fragte der Herr Präsident den Obersten nach altem Brauch nach dem Namen des besten Schützen, worauf dieser den Schützen Alois Kettler nannte. Alsdann wurde dem neuen Königspaar der Königschmuck überreicht. Es folgte sodann die Verlesung des von Sr. Majestät, anlässlich seiner Thronbesteigung verfügte Amnestieerlasses, der folgenden Wortlaut hat: „Wir Alois I., König von Bocholt, Fürst der Vemter Mussum, Niedern und Werth, Graf bei Crommert und Barbinghof, haben geruht, anlässlich der Feier Unserer Thronbesteigung für alle Schützen

der St. Georgius-Schützengilde eine allgemeine Amnestie zu erteilen und verfügen insbesondere, daß allen Ehemännern der Gilde absolute Dienstfreiheit in bezug auf ihre häuslichen Dienstleistungen zuerkannt wird. Wir erwarten, daß für die den Schützen eingeräumten Privilegien die Schützen ihrem wohlaffektionierten König mit beständiger Treue und Dienstleistung ergeben sind. Geg. zu Bocholt am Feste unser. Enthronisation. Alois I. Reg. — Dieser Thronerlass wurde mit jubelnder Begeisterung aufgenommen. Im Anschluß an die Enthronisation nahm der Hof von der Terrasse aus den Paradeplatz des Bataillons ab. Um 8 Uhr ging es mit Musik zurück zum Marktplatz. Abends fand der feierliche Krönungsball statt, der einen festlichen Verlauf nahm. Das Gartenkonzert fiel leider wieder dem strömenden Regen zum Opfer. — Am gestrigen letzten Festtage versammelten sich die Schützen Morgens 10 Uhr in den Kompagnielagern, wo man bei den Klängen der Konzertweisen bis gegen 1,30 Uhr beisammen blieb, worauf der Rückmarsch zum Marktplatz erfolgte. Nachmittags 3 Uhr traten die Kompagnien hier wieder an und zogen nach dem Empfang des Königspaares in imposantem Festzug durch die Straßen der Stadt. Außer der Reichswehrkapelle aus Münster nahm auch unsere bewährte Kriegervereinskappe am Zug teil, der sich vom Marktplatz aus durch die Ravardis-, Nobel-, Nord-, Niederbruch-, Schöneberg-, Ostmauer-, Oster-, Neu-, Kaiser-Wilhelmstraße zum Schützenhaus bewegte und hier in einem schneidigen Parade-marsch endigte. Darauf war Kinderbelustigung, für die man gerne schöneres Wetter gewünscht hätte. Abends 7 Uhr erfolgte der Rückmarsch zur Stadt. Den Abschluß der Veranstaltung bildete ein großer Festball, der in echtem Schützengeist verlief. — Der kommende Sonntag bringt die übliche Nachfeier mit Konzert und Tanzkränzen. — Möge der St. Georgius-Schützenverein auch in Zukunft ebenso wie bisher die alten Ziele, die unsere Schützengilde jahrhundertlang begleiteten, hochhalten zum besten der Vaterstadt und der Heimat. Dazu wünschen wir ihm ein weiteres Wachsen, Blühen und Gedeihen!

3. Fliegerbesuch. Wie an einigen Tagen der vorigen Woche, so überflog auch gestern Nachmittag gegen 2 Uhr wieder ein Eindecker in mäßiger Höhe unsere Stadt. Es scheint sich um Verkehrsflugzeuge der Straße Dorsten-Amsterdam zu handeln.

a. Von der Post. Die Renten in der Invalidenversicherung sind vom 1. August 1925 ab erhöht, und zwar: I., R., A-Renten um monatlich 4 Mark, W-, WR-Renten um monatlich 2,40 Mark, V-Renten (jede Witze) um monatlich 2 Mark. Bei Ausstellung der Quittungen für August 1925 sind die erhöhten Beträge den alten, am 1. Juli 1925 gezahlten Rentenbeträgen zuzufügen.

a. Steuerprekial des Finanzamtes Borken in Bocholt. Am morgigen Donnerstag findet der Steuerprekial des Finanzamtes Borken im Städtischen Verwaltungsgebäude, Ravardisstraße, Vorzimmer der Städtischen Bücherei, statt.

3. Witterungsänderung. Nach der übermäßigen Hitze der vorigen Woche ist jetzt eine Witterungsänderung eingetreten. Die Temperatur ist bedeutend gesunken. Tagsüber ist der Himmel verhagelt mit grauem Gewölke, und von Zeit zu Zeit geht rauschend ein Regenschauer nieder. Aus sonnigen Hochsommer-tagen ist plötzlich Herbststimmung geworden. Nach Ansicht der Wetterpropheten soll es aber trotz der gewitterartigen Regenfälle und der vorübergehenden Abkühlung nicht zu einer anhaltenden Witterungsänderung kommen. Man glaubt, daß sich in absehbarer Zeit wieder meist heiteres und vorwiegend trockenes Wetter bei sommerlicher Wärme einstellt. Das ist auch dringend zu wünschen, da eine längere Regenzeit der Getreibe-ernte gefährlich werden könnte. Vorläufig dürfte der gefallene Regen genügen, so daß bald wieder sonniges und trockenes Wetter eintreten kann.

1. Beschäftigung ausländischer Arbeiter. Nach Verordnung des Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung vom 2. 1. 1923 betr. Einstellung und Beschäftigung ausländischer Arbeiter ist die Beschäftigung ausländischer Arbeiter auf einer für sie freigegebenen Arbeitsstelle nur zulässig, wenn sich die Arbeiter im Besitze einer ordnungsmäßigen Legitimationstarke der deutschen Arbeiterzentrale befinden. Für die erste Beschäftigung nach der Einreise bis zur Beendigung des Legitimationsverfahrens genügt der Reiseausweis oder Paß. Beim Wechsel der Arbeitsstelle darf der ausländische Arbeiter in eine neue Arbeitsstelle nur eingestellt werden, wenn die Legitimationstarke den Entlassungsvermerk des letzten Arbeitgebers oder eine Bescheinigung des öffentlichen Arbeitsnachweises trägt. Verstöße gegen diese Bestimmungen werden gemäß § 19 der vorgenannten Verordnung mit Geldstrafe oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten geahndet. Die für 1923 und 1924 ausgestellten Befreiungsscheine behalten auch für 1925 ihre Gültigkeit für einen abhanden gekommenen Befreiungsschein ist ein Duplikat zu beantragen.

5. Dingden, 28. Juli. Vorfall beim Besiegen der Schiffschaukel. Der Kirmessonntag wurde dem Fräulein Neuhaus aus Boikum zum Verhängnis. Während dieselbe in froher Stimmung am Abend aus der Schützenhalle trat und die gegenüberliegende Schiffschaukel bestieg, wurde sie von einer gerade herunter laufenden Gondel erfasst und an Kinn und Brust schwer verletzt, so daß sie in das Dingdener Krankenhaus transportiert werden mußte. Die Verletzungen sollen jedoch nicht lebensgefährlich sein.

Aus dem Kreise Rees.

3. Haldern, 28. Juli. Heimkehr aus der Gefangenschaft. Herr Ernst Geldermann von hier, Weselerstraße, kehrte am Sonntag nach 11jähriger Abwesenheit aus russischer Kriegsgefangenschaft zurück. Erst jetzt gelang es ihm durch Vermittlung von Deutschen, die Heimreise anzutreten und nach 15 Tagen seinen Heimatort zu erreichen. Die von der Heimkehr unterrichteten Verwandten und Nachbarn hatten für einen schönen Schmuck gesorgt und bereiteten dem Heimgekehrten einen herzlichen Empfang.

3. Bienen, 28. Juli. Unglücksfall. Beim Mähen eines Weizenfeldes mit einem Selbstbinder ereignete sich hier ein Unglücksfall. Die beiden Pferde, die zum ersten Male vor dem Selbstbinder gingen, scheuten plötzlich und gingen durch; den beiden Pferdeführern gelang es nicht, sie zu halten. Während der eine Führer, sowie der auf der Maschine sitzende Lenker mit dem Schrecken davorkamen, erlitt der andere, nachdem er zu Boden geworfen und einige Meter mitgeschleift worden war, durch das Messer und die Wachen der Maschine Verletzungen am ganzen Körper. Ein telephonisch herbeigerufener Arzt, der dem Verunglückten die erste Hilfe leistete, konnte glücklicherweise feststellen, daß die Verletzungen nicht lebensgefährlich Natur sind.

3. Praest, 28. Juli. Hagelschaden. Das Gewitter, das am Freitag Abend über Praest und Klein-Netterden niederging, richtete besonders in Klein-Netterden schweren Hagelschaden an. Schätzungsweise ist der Hafer um 100 Prozent, also vollständig vernichtet, der Weizen um 80-100 und die Haferfrüchte um 50-60 Prozent. Auch die Gebäude wurden stellenweise durch die schweren Hagelkörner in Mitleidenschaft gezogen.

Verantwortlich für den lokalen Teil: Dr. B. Schmitz-Bocholt, für den lokalen Anzeigenteil: Joh. Kemptes-Bocholt.

Israelitischer Gottesdienst. Freitag 9. Ab (Tempelzerstörung). Mittwoch Abend 9 Uhr. Donnerstag Morgen 7,30 Uhr. Donnerstag Abend 7,30 Uhr. Nacht 9 Uhr.

Dr. Hermann Schilling

Regierungsassessor

Maria Schilling

geb. Hoeck

VERMÄHLTE

Rhede, den 29. Juli 1925.

1877

R.-V. „All Heil“ Bocholt.

Donnerstag, den 30. Juli 1925,

abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokale

„Nienhaus“

Versammlung

Der Vorstand.

Habe sehr preiswert abzugeben:

4 Schüler-Violinen,

2 gut eingespielte Violinen,

4 Mandolinen, 1 Laute, 2 Gitarren,

1 gebr. Gitarre u. 1 Konzerttither.

Erteile in obigen Instrumenten gründlichen Unterricht.

Albert Spandern, Schwabenstr. 16.

1890

Bevor Sie reisen

decken Sie Ihren Bedarf

hier am Platze

In Bürsten, Reise-Necessaires,

Badehauben, Celluloidartikeln

bei

SCHEER-NAPP

Ravardistr. 33. Tel. 725.

MÖBEL

sind bedeutend im Preise gestiegen, trotzdem biete ich noch große Vorräte zu alten niedrigen Preisen an.

Sie finden in

5 Häusern und 26 Schaufenstern

eine reiche Auswahl formenschöner

Wohnungseinrichtungen

in den bekannten guten Qualitäten.

Mein seit fast 25 Jahren bestehendes

Unternehmen und die umfangreiche

Entwicklung sind der beste Beweis

meiner Leistungsfähigkeit.

Werkstätten für Wohnungskunst

CARL STADER

Oberhausen Rhld.

Prima KAAS in alle Sorten

vorradig.

Gouda vol vat, Gouda 40%

Gouda 30%, Gouda 20%

Edamer 40%, Edamer 30%

Edamer 20%

Leidsche Kaas Prima Soort,

Leidsche Gewoon.

Prijzen billijk, op aanvraag worden die u toegezonden.

P. de Boer, Kaashandel,

Winterswijk.

Gebrauchter, gut

erhaltener

Mantellopf

(50 Liter Inhalt) für

40 Mt. zu verkaufen.

Schwabenstr. 7.

Hausierer

verdienen täglich 20

bis 50 Mk. durch Ge-

bauer, Stettin, Allee-

straße 61.

Große Auswahl in

Kleiderschränken (2- u. 3türig) mit Spiegel

Glasschränken (2- und 3teilig)

Betten, Polsterwaren u. sonstigen Einzeilmöbel.

Lieferung gegen Teilzahlung.

Kunden, die ihr Konto beglichen haben,

erhalten Ware ohne Anzahlung.

D. Triebwasser

Ernststr. bei Ewaldstr.



Es wird die

höchste Zeit

Ihre Oefen auf

durchgebrannte

Teile nach-

sehen zu lassen

Th. Loffen

Schlossermelster.

Junger Mann, kaufm.

gebildet, sucht

Stellung

auf dem Büro oder

Lager. Selbiger war

längere Zeit in der

Lohnausrechnung be-

schäftigt.

Offerten unter B.

1891 a. b. Gef. erbeten

Wittwoch nachmit-

tag um 5 Uhr ist

Rindfleisch

als Hundefutter zum

Preise von 10 Pf.

pro Pfd. zu haben.

Die Schlachthof-

Verwaltung.

Wiedere junge

Schweine

zu verkaufen.

Beldamp, Gut Bonnes

Henden.

Eine Partie 4-5

Wochen alte

Schweine

zu verkaufen bei

Gerb. Jhting,

Sport.

Anfertigung

einfacher u. eleganter

Damen- und Kinder-

Garderobe

in und außer dem

Hause. 1888

Näheres in d. Ge-

schäftsstelle.

Schwarzbuntes

Mutterkalb

zu verkaufen.

Josef Bauhaus,

Henden.

Ein hochtragendes

Rind

(rotbunt), anfangs An-

gust austragend, zu

verkaufen. Von wem

lagt Joseph Heinrichs,

Rhede.

Ein

Ladenregal

zu verkaufen.

Ernst Schröder,

Wefemannstr.

Tüchtiges sauberes

Zweimädchen

ge sucht.

Frau Dr. Hoffheimer,

Osterstr. 64.

Möbliertes

Zimmer

ohne Pension abzu-

geben.

Näheres in d. Ge-

schäftsstelle.



14 000 Werkangehörige

schaffen als Arbeiter, Beamte oder Techniker an der Herstellung u. Vervollkommnung unserer „Continental-Fabrikate“. — Unser „CONTINENTAL REIFEN“ für Autos, Krafträder und Fahrräder ist weltberühmt. Eine mehr als 50jährige Fabrikationserfahrung und die Verarbeitung aus besten Rohstoffen bürgen für seine Güte. Parforce-Leistungen, wie die

Targa Florio / Deutschlandfahrt / Sechstagerrennen

sahen den „Continental-Reifen“ immer wieder als Sieger und sind Beweis für seine hervorragende Qualität. Unsere neueste Schöpfung ist der

Continental-Ballon-Reifen

Er macht durch seine überaus große Geschmeidigkeit selbst den schlechtesten Weg zur Asphaltstraße und ermöglicht eine weit höhere Durchschnittsgeschwindigkeit als andere Reifen.

Denken Sie beim Einkauf hieran und fordern Sie nur

Continental

Ballon-Reifen

Continental Caoutchouc- u. Gutta-Percha-Compagnie, Hannover

Dalli-
Seifenpulver

Das Allerbeste für Wasche und Hausputz

Mäurer & Wirtz, Stolberg Rhl.

**Festgeschenke
von bleibendem Wert**

Inden Sie bei mir in größter Auswahl u. besten Fabrikaten

Carl Gillen Nachf.

Inh. Diplom-Optiker Gillkötter
Fachgeschäft für Optik
Münster i. W.
Prinzipalmarkt 20 / Fernsprecher 370

Bei Krätze und Hautjucken nur Varachol!

Warum? Weil Sie die Gewissheit haben, daß Sie kurz und sicher geheilt werden, ohne daß Sie sich wie bei allen Konkurrenzpräparaten den ganzen Körper einschmieren müssen. Sie haben in den Apotheken und Drogerien. Vergleichen Sie Varachol mit keinem sonst verarbeiteten, anderen Krätze-Präparate. Also nur Varachol!

Heizi

Frei von Rauch, Geruch und Ruß

Ohne Schlacke, ohne Grus.



Hohe Heizkraft, allbewährt.

Sauber, billig, allbegehrt.

Briketts

Auskunft, Beratung, Vertreterbesuch durch:



UNION
WESTFÄLISCHES KOHLEN-
U. BRIKETT-KONTOR G.M.B.H.

Telephon-Anschlüsse: 37 u. 38 Münster i. W.

Brahmannstraße: Wohnkantor

Geschäftsräume u. Lager: Albersloherweg 47 (Strassenbahn-Endstelle Hafen)



UNION
WESTFÄLISCHES KOHLEN-
U. BRIKETT-KONTOR G.M.B.H.

Aus Katho
Die Komm
Gesellschaft
ausgearbeitet
des Reichstage
andere als agi
interessant, da
der Kommunisi
Ausbau der
schen Manifest
Kindererziehung
öffentlich
Sie findet nich
Art statt, sonde
sämtlicher
tion. Der d
der von Marx
ihn eine Selbst
auf abhol
lofer Grun

In Rufst
ziehungsmo
ziehung aus?
ihren Eltern
überliefert. E
von den Eltern
gagte, daß der
Eltern und P
eigenen Heime
Nahrung, Lern
auch während
Auflösung der
schaft. Die E
Lieferant. I
zu sagen, die
den Eltern jed
irgendwie selb
schulen jeder
einem Grund
in den öffent
dann bleiben
entsprechende
Auswirkung
mal in den Ge
dem dritten L
Eltern haben
drei Lebensjah
Gesellschaft er
deren Fortbest
mehr an.

Man kann
richtige Entwid
zu dem sich au
Erziehung ist o
schaft. Die K
denken, die heu
die sozialen W
duellen ständig
bis zum Haalt

An die Ste
he im treten, i
den jungen M
obligatorischen
Man erinnert
gatorische Spiel
nung der Kind
Erziehung
völlig reli
kommen getrenn
Unterrichtszeit
an religiösen U
Lehrern noch v
aber nach diese
so ist damit je
gemacht. Wann
Das kommunit
Kindes abspielt
diese freie Zeit
selbst aber hab
dritten Lebensj
fraglich, ob sie
gelegentlich zu
vielleicht die W
aufstun, so verla
dürfen für Unt
man will doch
Religionen (!)
Also in der Gef
Buddhismus, I
kann sich den
kliche Erziehung
Daß bei de
theologischen F
seitigen", und d
wendet werden

Die Grun
und prakti
schaffte d.
It fast wörtlich
Unter- und M
gemeinsamer A
irgendwelche P
nicht nebenher,
auf die Spitze
herige Schule g
hohen Großbeir
des Lebens ist
schaft, zu der al
jahre ab system
nicht.

An der B
sollen die Kind
liche Aufsch
arbeitenden Vo
Prüfungen
meinschaft". R
bauende, gege
Bei der dritten
Urteil der Arb
und Fähigkeit
wirtschaft ist a
höhere Schulen
Die gewerblich
anderen höhere
und Mädchen
Weise in die so
soll ferner alljä
wirtschaften fest
Hochschulen zu
die heranwachse
alleben über ih
wirtschaft. Die
Daß die bi
nicht brauchbar

Das kommunistische Erziehungsideal

Aus katholischen schulpolitischen Kreisen schreibt man uns: Die Kommunisten des Reichstages haben einen regelrechten Gesetzentwurf zur Regelung des gesamten deutschen Schulwesens ausgearbeitet und dem hohen Hause unterbreitet (Drucksachen des Reichstages Nr. 1000). Wenn dem Antrag auch kaum andere als agitatorische Bedeutung zukommt, so ist er doch sehr interessant, da er einen vorzüglichen Einblick in die Ideenwelt der Kommunisten bietet. Der Antrag enthält den folgerichtigen Ausbau der zwei Gedanken, die Marx selbst im kommunistischen Manifest von 1848 ausgesprochen hat. An die Stelle der Kindererziehung durch die Familie tritt die allgemeine öffentliche Zwangserziehung durch den Staat. Sie findet nicht in Schulen oder Unterrichtsanstalten bisheriger Art statt, sondern an deren Stelle tritt die Vereinigung sämtlicher Kinder in der materiellen Produktion. Der dritte Grundgedanke des kommunistischen Antrags, der von Marx nicht ausdrücklich ausgesprochen war, da er für ihn eine Selbstverständlichkeit bedeutete, ist die Erziehung auf absolut religionsloser und autoritätsloser Grundlage.

In Rußland ist bekanntlich der Versuch mit dieser Erziehungsform gemacht worden. Wie sieht nun danach die Erziehung aus? Im Alter von drei Jahren werden alle Kinder ihren Eltern entzogen und bis zum 18. Lebensjahre dem Staat überliefert. Es ist bezeichnend, daß in dem ganzen Entwurf von den Eltern nur an einer Stelle die Rede ist, und hier wird gesagt, daß der Staat seine Erziehungsform auch gegen die Eltern und Pfleger durchzusetzen hat. Die Kinder werden in eigenen Heimen untergebracht, wo sie Wohnung, Kleidung, Nahrung, Vermittelung usw. auf Staatskosten erhalten und zwar auch während der Ferien. Das bedeutet natürlich die völlige Auflösung der Familie als Lebens- und Erziehungsgemeinschaft. Die Eltern haben nichts mehr über ihre Kinder zu sagen, die einzig dem kommunistischen Staat gehören. Um den Eltern jede Möglichkeit zu nehmen, ihre Kinder auch nur irgendwie selbst zu behalten, soll bestimmt werden, daß Privatschulen jeder Art verboten sind. Sollten Kinder aus irgendeinem Grund z. B. wegen gesundheitlicher Bedenken, das Leben in den öffentlichen Anstalten nicht mitmachen können, auch dann bleiben sie nicht im Schoß der Familie. Der Staat hat entsprechende Einrichtungen für solche Kinder zu schaffen, die Auswirkung eines solchen Systems wäre furchtbar. Nicht einmal in den Ferien gehören die Kinder ihren Eltern mehr. Mit dem dritten Lebensjahre tritt die völlige Trennung ein. Die Eltern haben mit der Pflege der Kinder während der ersten drei Lebensjahre ihre Pflicht gegenüber der kommunistischen Gesellschaft erfüllt, indem sie durch Fütterung des Nachwuchses deren Fortbestand sicherstellen. Alles übrige geht sie nichts mehr an.

Man kann nicht leugnen, daß es sich hier um die folgerichtige Entwicklung des sozialistischen Programms handelt, zu dem sich auch die sozialdemokratische Partei bekennt. Die Erziehung ist oberstes Recht und oberste Pflicht der Gemeinschaft. Die Konsequenzen mögen auch alle die einmal durchgedachten, die heute so für das Staatschulmonopol schwärmen und die sozialen Aufgaben der Pädagogik gegenüber der individuellen ständig überbetonen. Vom staatlichen Schulmonopol bis zum staatlichen Erziehungsmonopol ist nur ein Schritt.

An die Stelle der bisherigen Schule soll also das Schulheim treten, in dem sich das gesamte Leben des heranwachsenden jungen Menschen abspielt. Dieses Heim baut sich in drei obligatorischen Stufen auf: Spielstätte, Grundschule, Hochschule. Man erinnert sich, daß auch die Sozialdemokratie für die obligatorische Spielstätte eintritt, wenn sie auch die absolute Trennung der Kinder von den Eltern noch nicht verlangt. Die Erziehung ist nach dem kommunistischen Antrag völlig religionslos. Schule und Kirche sind vollkommen getrennt. Jede religiöse Unterweisung innerhalb der Unterrichtsstunde und der Schulkreise ist verboten. „Teilnahme an religiösen Übungen und Gottesdiensten darf weder von Lehrern noch von Kindern gefordert werden.“ Da die Kinder aber nach diesem Plane nicht mehr bei ihren Eltern wohnen, so ist damit jede religiöse Unterweisung überhaupt unmöglich gemacht. Wann sollte sie stattfinden? In der freien Zeit? Das kommunistische Schulheim, in dem sich das ganze Leben des Kindes abspielt, wird schon Mittel und Wege genug finden, diese freie Zeit mit Spiel und Sport auszufüllen. Die Eltern selbst aber haben keinen Einfluß mehr, da die Kinder vom dritten Lebensjahre ab nicht mehr bei ihnen wohnen. Es ist fraglich, ob sie dieselben überhaupt noch mehr als hier und da gelegentlich zu sehen bekommen. Sollte sich doch noch irgendwo vielleicht die Möglichkeit eines privaten Religionsunterrichts aufkufen, so verlangt der Antrag vorläufigerweise: „Staatsgelder dürfen für Unterrichtszwecke nicht verwendet werden.“ Aber man will doch natürlich einen Ersatz bieten. „Die Geschichte der Religionen (I) wird im historischen Unterricht mitbehandelt.“ Also in der Geschichtsstunde soll nebenbei vom Konfuziusismus, Buddhismus, Judentum, Christentum erzählt werden. Man kann sich denken, was dabei herauskommt. Die absolut atheistische Erziehung, ganz wie in Rußland.

Daß bei der Gelegenheit so nebenher bemerkt wird: „Die theologischen Fakultäten an den Universitäten sind zu beseitigen“, und daß keine Staatsgelder für Priesterseminare verwendet werden dürfen, nimmt nicht weiter wunder.

Die Grundlage der gesamten theoretischen und praktischen Erziehung soll die vergesellschaftete d. h. sozialistische Produktion sein. Das ist fast wörtlich nach Marx. Zu diesem Zwecke werden den Unter- und Mittelstufen Werkstätten angegliedert, in denen in gemeinsamer Arbeit von Kindern, Lehrern und Angestellten irgendwelche Produkte erzeugt werden. Der Unterricht läuft nicht nebenher, sondern wird mit dieser Arbeit verknüpft. Die auf die Spitze getriebene Arbeitsschulmethode, wodurch die bisherige Schule ganz aufgelöst wird. Die Oberstufe ist mit staatlichen Großbetrieben bzw. Domänen zu verbinden. Der Sinn des Lebens ist eben nur die sozialistische Produktionsgemeinschaft, zu der alle Kinder ohne Ausnahme vom dritten Lebensjahre ab systematisch zu erziehen sind. Etwas anderes gibt es nicht.

An der Verwaltung des ganzen Betriebes sollen die Kinder entsprechenden Anteil nehmen. Die örtliche Aufsicht wird ausgeübt durch die „Organisationen des arbeitenden Volkes“, also wohl durch die Gewerkschaften. Die Prüfungen werden erst durch das „Urteil der Schulgemeinschaft“, Kinder, Lehrer und Angestellte haben auf ihre „dauernde, gegenseitige Beobachtung“ hin, das Urteil zu fällen. Bei der dritten Aufbaustufe der Hochschule tritt ferner das Urteil der Arbeiterorganisation über die Begabungsrichtung und Fähigkeit des Schülers hinzu. Die Empfehlung der Gewerkschaft ist auch entscheidend für den Besuch der Hochschule. Höhere Schulen im bisherigen Sinne soll es nicht mehr geben. Die gewerbliche Hochschule ersetzt das Gymnasium und alle anderen höheren Schularten. Dabei wird zwischen Knaben und Mädchen kein Unterschied gemacht. Alle sind in gleicher Weise in die sozialistische Produktion einzuführen. Der Staat soll ferner alljährlich unter maßgebender Mitwirkung der Gewerkschaften feststellen, wie viel Schüler und Schülerinnen zu den Hochschulen zuzulassen sind. Nicht mehr die Eltern, nicht mehr die heranwachsenden jungen Menschen selbst entscheiden nach altem über ihr zukünftiges Leben, sondern nur noch die Gewerkschaft. Die vollendete Sklaverei!

Daß die bisherigen Lehrer für solche Erziehungsarbeit nicht brauchbar sind, liegt auf der Hand. Darum sollen sowohl

Zum Stuttgarter Katholikentag.

Das Lokalkomitee der 64. Katholikenversammlung der Katholiken Deutschlands teilt mit:

Mit tiefstem Bedauern begleiten wir das Mißgeschick, das die Stuttgarter Ausstellungs- und Tagungsstelle durch den Einsturz der neuen Stadthalle erlitten, und aufrichtige Teilnahme wenden wir den Arbeitern zu, die bei dem Unglück schwere bzw. leichtere Verletzungen sich zugezogen haben. Wir sind überzeugt, daß diese Teilnahme in allen katholischen Kreisen Deutschlands lebhaft erwidert wird.

Die 64. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Stuttgart 1925 kann gleichwohl stattfinden, da das Lokalkomitee mit der Möglichkeit, daß die Halle wegen irgendwelcher unvorhergesehener Umstände nicht rechtzeitig fertig werde, ernsthaft rechnet und die nötige Vorsorge traf. Die Tagung kann nun zwar nicht in einem einheitlichen Räume vor sich gehen, sondern in Parallelversammlungen der beiden größten in Stuttgart vorhandenen Säle, der Reithalle (Ecke Neckar- und Schloßgartenstraße) und der Lieberhalle (Bühlengasse 59). Die Reithalle umfaßt 3000 Sitzplätze, der Festsaal der Lieberhalle deren 2500. Das ist ungeachtet des Verhältnisses wie beim Katholikentag in Frankfurt, der sich dennoch eines zahlreichen Besuches erfreuen dürfte. Für die öffentlichen Versammlungen am Montag und Dienstag darf man durch die beiden Versammlungstotalen mit einem ausreichenden Erfolg rechnen.

Für den großen Massenandrang am Sonntag hätte aber auch die neue Halle nicht ausgereicht. Während man nun hoffen konnte, die Massen außer in den Nebenversammlungen noch in einem dieser großen Säle unterzubringen, ist jetzt für die Teilnehmer, welche am Sonntag abend wieder wegfahren müssen, nachmittags eine große Vorversammlung im Hof der Rotenbühlkaserne vorgesehen, wobei Katholikentagsredner sprechen werden. Für die Unterbringung der übrigen angemeldeten Versammlungen von Organisationen reichen die zahlreichen fest gemieteten Säle vollständig aus.

Durch den Ausfall der Kosten für die Miete der neuen Stadthalle ermäßigen sich die Preise für den Tages-

und Platzkarten um 50 Prozent. Die Platzkarten für die gesamte Tagung kosten daher jetzt: Logenplatz: 15 Mk., 1. Platz: 10 Mk., 2. Platz: 7,50 Mk., 3. Platz: 5 Mk.

Die Preise für die Tageskarten sind jetzt folgende:

Sonntag: Logenplatz 7,50 Mk., 1. Platz 5 Mk., 2. Platz 3,50 Mk., 3. Platz 2 Mk.

Montag: Logenplatz 6 Mk., 1. Platz 4 Mk., 2. Platz 3 Mk., 3. Platz 2 Mk.

Dienstag: Logenplatz 6 Mk., 1. Platz 4 Mk., 2. Platz 3 Mk., 3. Platz 2 Mk.

Die Platzkarten geben Anspruch auf einen Sitzplatz in allen geschlossenen und öffentlichen Versammlungen der ganzen Tagung, während die Tageskarte einen Sitzplatz nur für einen einzelnen Tag garantiert. Platzkarte und Tageskarte können nach wie vor nur in Verbindung mit der Mitgliedskarte gelöst werden, welche letztere in ihrem Preis von 6 Mk. bestehen bleibt. Jedoch sind etwa 1500 Sitzplätze von den beiden Lokalen Reithalle und Festsaal der Lieberhalle für diejenigen Besucher bereitgestellt, welche nur eine Mitgliedskarte zu lösen in der Lage sind.

Die Anmeldekarten und Merkblätter, welche die bisherigen Preise noch enthalten, werden weiter verwendet, nur braucht jede Person, die sich anmeldet, für die Platzkarte und Tageskarte bloß die Hälfte des dort genannten Betrages einzulösen. Alles andere behält auf der Anmeldekarte und auf dem Merkblatt seine Gültigkeit.

Durch den Ausfall der neuen Stadthalle ist eine unerhebliche Änderung des Programms notwendig geworden. Das fertige Programm, in dem auch die Nebenversammlungen verzeichnet sind, wird in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. Man darf daher die Hoffnung aussprechen, daß niemand sich vom Besuch des Katholikentages abhalten lassen möge, sondern daß der Besuch des Katholikentages sich würdig an den von Frankfurt und Hannover reihen kann.

Darum auf nach Stuttgart!

die femininistisch als auch die akademisch gebildeten Lehrer in der Übergangszeit durch praktische Lehrgänge in Fabriken und Domänen für ihre neue Arbeit geschult werden. An ihre Stelle treten Qualitätsarbeiter. In Zukunft soll von jedem Lehrer verlangt werden, daß er neben seiner pädagogischen und pädagogischen Ausbildung einen gewerblichen Berufszweig völlig beherrscht. Eine Lebensstellung als Lehrer wird aber niemanden zugebilligt. Seine Stellung bleibt dauernd abhängig von dem erfolgreichen Besuch der Pflichtfortbildungskurse.

Eine Utopie, die die innerste Natur des Menschen umkehrt. Aber man gehe an diesen kommunistischen Ideen nicht mit bloßem Lächeln vorüber, weil sie zur Zeit noch keine Aussicht auf Verwirklichung haben. Denn sie sind, wie gesagt, nur die konsequente Weiterentwicklung marxistischer Ideen, auf die auch die Sozialdemokratie eingeworfen ist. Anzeichen deuten darauf hin, daß sie das selbe Ziel nur etappenweise zu erreichen sucht. Die Kommunisten können mit ihrem Antrage zur Zeit nur agitatorische Zwecke verfolgen. Bei der heute bestehenden Notlage des arbeitenden Volkes, namentlich dem furchtbaren Wohnungsmangel ist aber zu befürchten, daß die Idee von der staatlichen Kindererziehung manche Köpfe verwirrt. Mit einer bloßen theoretischen Bekämpfung solcher Ideen ist es darum nicht getan. Man sehe die Familie in die Lage, ihre Kinder überall menschenwürdig unterzubringen, sie entsprechend zu kleiden und zu ernähren, und der kommunistischen Agitation ist der Weg verbaut. Eine gesunde Sozial- und Lohnpolitik sowie wahre christliche Nächstenliebe gehören auch zu einer vernünftigen Schulpolitik.

Die Zinszahlung am 1. August auf Grund des neuen Aufwertungsgesetzes.

In Bezug auf die Zahlung von Zinsen aus dem neuen Aufwertungsgesetz ist die Reichslage jetzt dahin festzustellen: „Die gemäß Paragraph 28 des Aufwertungsgesetzes geschuldeten Zinsen werden nicht vor dem 1. August 1925 fällig.“ Das bezieht sich nicht nur auf den Zins, sondern auch auf den Zinseszins und Zinseszins. Wenn also bisher ein Hypothekendarlehen oder Obligationsschuldner die Zinsen für die Zeit seit 1. Januar 1925 nicht bezahlt hat, ist er nicht in Verzug geraten. Das ist wichtig für die Hypothekendarlehen der großen Geldgeber (Hypothekendarlehen, Verbriefungen, Sparkassen), nach deren Bedingungen die nicht pünktliche Zahlung der Zinsen die Fälligkeit des Kapitals nach sich zieht. Es werden also am 1. August 1925 fällig, die gemäß Paragraph 28 des Aufwertungsgesetzes geschuldeten Zinsen, also 1,2 Prozent ab 1. Januar bis 30. Juni und 2 1/2 Prozent ab 1. Juli 1925. Nun entsteht eine weitere Schwierigkeit dadurch, daß die Zinsätze vom Aufwertungsbetrag zu berechnen sind. Handelt es sich um ein Darlehen vor dem 1. Januar 1918 erworbenes Hypothekendarlehen oder eine andere Schuldverhältnisse, so ist die Beantwortung der Frage nach dem Betrage der zu zahlenden Zinsen einfach. Man wird den normalen Höchstsatz von 20 Prozent bei Hypothekendarlehen und 15 Prozent bei Schuldverhältnissen zu Grunde legen können und sich für die Ausnahmefälle der Härteklausele auf den Standpunkt stellen müssen, daß, solange die Aufwertungsanträge der Eigentümer oder Schuldner noch nicht rechtskräftig in bestimmter Höhe festgestellt sind, die Normalätze zu entrichten sind. Folgt man diesem Grundsatz nicht, so könnte jeder Eigentümer oder Schuldner durch Aufwertungsanträge seine Gläubiger jahrelang ohne Zinsen lassen.

Wenn also eine vor dem 1. Januar 1918 erworbene, bzw. ausgearbeitete, mit dem Kennbetrag einzulösende Hypothekendarlehen oder Schuldverhältnisse zu verzeichnen ist, werden sich die Gerichte bei den zu ihrer, nicht der Aufwertungsstellen, Zuständigkeit gehörenden Urteilen wohl richtig einstellen. Das Problem wird aber fast unlösbar, wenn ein nach dem 1. Januar 1918 in Betracht kommender Erwerb oder Ausgabebetrag zu berücksichtigen ist und hierüber Streit entsteht. Dann muß erst der richtige Aufwertungsbetrag ermittelt werden und hierfür sind wieder die Aufwertungsstellen, nicht die Gerichte, zuständig. Wie ist dem unglücklichen Zinsberechtigten zu helfen? Ob durch einstweilige Verfügung der Gerichte oder einstweilige Anordnungen der Aufwertungsstellen, eben nach Feststellung der unrichtigen Mindesthöhe des Aufwertungsbetrages, geholfen werden kann, ist nicht unbedenklich.

Bleibt kein Streit über die Höhe des Aufwertungsbetrages und höchst auch kein Aufwertungsvorfahren, so sind die Zinsen in Höhe von 1,2 Prozent ab 1. Januar und von 2 1/2 Prozent ab 1. Juli 1925 am 1. August fällig und zahlbar. Wird vierteljährlich nachträglich gezahlt, so fällt am 1. August zu entrichten: die Zinsen für das erste Semester 1925, so weit dies noch nicht gezahlt ist; wird vierteljährlich im voraus bezahlt, so sind am 1. August die Zinsen für die ersten drei Quartale 1925 zu ent-

richten. Sind die Zinsen monatlich postnumerando zahlbar, so sind am 1. August Zinsen für 7 Monate, bei pränumerando verbarter Zahlung Zinsen für 8 Monate zu zahlen.

Abänderungsantrag zur Lohnsteuer.

Berlin, 28. Juli. (Draht.) Die Regierungsparteien haben angesichts der starken Benachteiligung einzelner Gruppen gegenüber der früheren Regelung folgenden Abänderungsantrag zur Lohnsteuer eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen:

I. dem § 52 Absatz 1 folgende Fassung zu geben: Vom Einkommen sind für die Festsetzung der Einkommensteuer folgende Beträge im Jahre abzuziehen:

1. 600 Reichsmark als steuerfreier Einkommensbetrag, sofern das Einkommen des Steuerpflichtigen den Betrag von 10 000 Reichsmark im Jahre nicht übersteigt;

2. für die zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende Ehefrau und jedes zu seiner Haushaltung zählende minderjährige Kind (§ 23 Abs. 2) je 8 Prozent des über den in Nr. 1 bezeichneten Betrag hinausgehenden Einkommens jedoch mindestens a) für die Ehefrau 100 Reichsmark, b) für das erste Kind 100 Reichsmark, c) für das zweite Kind 180, d) für das dritte 360, e) für das vierte und jedes folgende Kind je 450 und höchstens 540 Reichsmark für die Ehefrau und jedes Kind.

Kinder im Alter von mehr als 18 Jahren, die Einkünfte im Sinne des § 6 Abs. 1 Nr. 3 oder 4 beziehen, werden nicht berechnen.

Im § 70 erhält der Absatz folgende Fassung:

II. Außer den im Absatz I bezeichneten Beträgen bleiben für die zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende Ehefrau, sowie für jedes zu seiner Haushaltung zählende minderjährige Kind (§ 23 Abs. 2) je 10 Prozent des Arbeitslohnes, der über die im Absatz I bezeichneten Beträge hinausgeht, vom Steuerabzug frei, jedoch mindestens 1. für die Ehefrau 120 Reichsmark jährlich, 10 Mark monatlich, 2,40 Mark wöchentlich; 2. für das erste Kind 120 Reichsmark jährlich, 10 Mark monatlich, 2,40 Mark wöchentlich; 3. für das zweite Kind 240 Reichsmark jährlich, 20 Mark monatlich, 4,80 Mark wöchentlich; 4. für das dritte Kind 480 Reichsmark jährlich, 40 Mark monatlich, 9,60 Mark wöchentlich; 5. für das vierte und jedes folgende Kind je 600 Reichsmark jährlich, 50 Mark monatlich, 12 Mark wöchentlich.

Kinder im Alter von mehr als 18 Jahren, die Einkünfte im Sinne des § 6 Abs. 1 Nr. 3 oder 4 beziehen, werden nicht berechnet.

III. Der § 72 erhält folgende Fassung:

Erhält ein Arbeitnehmer neben den laufenden Bezügen sonstige, insbesondere einmalige Einnahmen, Tantiemen, Gratifikationen usw., so sind von diesen 10 Prozent, vermindert um 1 Prozent für die zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende Ehefrau, sowie für jedes minderjährige Kind (§ 23 Abs. 2) abzuhelfen.

Zeppelinfest in Friedrichshafen.

Ausruf einer Luftschiffspende am 20. August.

Der Luftschiffbau Zeppelin in Friedrichshafen hat, wie das „Berl. Tagebl.“ hört, den 25jährigen Gedanktag des ersten Zeppelin-Ausfluges auf den 20. August dieses Jahres in Friedrichshafen festgelegt. Es soll eine dem Ernste der Zeit entsprechende einfache Feier stattfinden, an der Vertreter der Reichsregierung, der württembergischen Regierung, der deutschen Städte, der deutschen Industrie, der deutschen Gewerkschaften, und andere namhafte Vertreter deutscher Körperschaften teilnehmen werden. Aus Anlaß dieser Feier wird Dr. Cadenat mit Zustimmung der Vertreter der Regierungen, Verbände und Körperschaften den von uns bereits früher erwähnten Ausruf an das deutsche Volk erlassen, der Opferspende für den Bau eines neuen Zeppelinluftschiffes. Erforderlich sind etwa 7 Millionen Mark, wozu durch die Spende etwa 4 Millionen aufgebracht werden sollen. Zu gleicher Zeit ist mit Unterstützung namhafter ausländischer wissenschaftlicher Korporationen geplant, an die Völkervereinigung mit dem Erbauern heranzutreten, den Bau eines 105 000 Kubikmeter großen Zeppelins zur Erforschung der Nordpolgebiets und anderen wissenschaftlichen Zwecken zu gestatten. Sollte — was man nicht hofft, — die Bauerlaubnis verweigert werden, so ist zunächst der Bau eines kleinen Zeppelins mit einem Rauminhalt von 32 000 Kubikmetern in Friedrichshafen vorgesehen. Man hofft, durch diese Volkspende, an der sich auch die Arbeiterchaft beteiligen wird, die erforderlichen Mittel aufzubringen.

× Münster, 27. Juli. (Der Arbeitsmarkt in Westfalen und Lippe.) Das Landesarbeitsamt Westfalen und Lippe, Münster, Warendorferstraße 25, berichtet: Auch in der vierten Juliwocde zeigt der westfälisch-lippische Arbeitsmarkt fast durchweg ein Fortschreiten der in den letzten Wochen beobachteten Verschlechterung. Zwar weisen einige Berufsgruppen einen noch günstigen besom. ruhigen Arbeitsmarkt auf, doch sind die Ausnahmen von geringer Bedeutung. Die ungünstige Arbeitsmarktlage und die kritische Lage der rheinisch-westfälischen Industrie wirken sich nunmehr auch in steigenden Erwerbslosenziffern aus. War in den vergangenen Monaten ein ständiges Zurückgehen der Erwerbslosigkeit zu beobachten gewesen, so ergibt sich für den Monat Juni jedoch eine Steigerung der Erwerbslosigkeit auf rund 24 000 Erwerbslose. Entsprechend den unablässig vor sich gehenden Betriebseinschränkungen und Stilllegungen stellt der Bergbau den größten Anteil der Erwerbslosen. Die Steigerung ist um so beachtlicher, als sie trotz angepanntester zwischenörtlicher Vermittlung in andere noch aufnahmefähige Gebiete Deutschlands eintrifft. In fast allen anderen Berufsgruppen mit Ausnahme der Landwirtschaft ist zum wenigsten eine gewisse Sättigung des Arbeitsmarktes zu beobachten. Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist daher allgemein gering. Andererseits besteht aber auch nur ein beschränktes Angebot, so daß nur eine verhältnismäßig geringe Vermittlungstätigkeit möglich ist. Die Krise im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau wirkt sich in immer schärferer Form aus. In der Berichtswocde sind deshalb weitere Betriebsstilllegungen und Betriebseinschränkungen angekündigt und vorgenommen worden. Der Prosch der Belegschaftsverminderung zwecks Anpassung der Produktion an die Absatzverhältnisse nimmt also leider seinen weiteren Fortgang. In welchem Ausmaß die Belegschaftsverminderungen in der letzten Zeit im Ruhrkohlenbergbau stattgefunden haben, geht daraus hervor, daß die Gesamtbelegschaft desselben (einschließlich der Zechen des linken Niederrheins) im Monat Juni um rund 13 000 Mann abgenommen hat und sich bei einer Belegschaftsstärke von 436 493 Mann nicht mehr allzuweit von dem Vorkriegsstand der Gesamtbelegschaft, der am 1. 8. 1914: 427 400 Mann betragen hatte, entfernt hält. Auch die Zahl der Fehlsichtigen hat eine weitere Erhöhung erfahren. In der Wocde vom 12. 7. bis 18. 7. wurden im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau insgesamt 123 359 Fehlsichtigen wegen Abzagsmangel eingelegt. Im Metallgewerbe hat die Lage eine weitere Verschlechterung erfahren. Vornehmlich die Großindustrie ist z. T. zu erheblichen Entlassungen geschritten und hat weitere Betriebseinschränkungen und Stilllegungen zum 1. August angekündigt. Die Nachfrage nach Sacharbeitern hat fast völlig nachgelassen. Die spärlichen Vermittlungsmöglichkeiten in andere Arbeitsnachweisbezirke scheitern leider noch meist infolge mangelnder Unterkunft. In Dortmund kamen durch Stilllegung einer Knüppelwalzstraße ungefähr 200 Arbeiter zur Entlassung. Im Bezirk Arnsberg wurde ein Walzwerk mit 375 Arbeitern stillgelegt. 100 Wagonarbeiter mußten wegen Kündigung eines Betriebes durch die Reichsbahn von einer Waggonfabrik entlassen werden. In Osterfeld sind ungefähr 300 Arbeitsträfte gekündigt. Eine Unterbringung aller dieser Entlassenen ist meist nicht möglich, so daß sie der Erwerbslosenfürsorge anheimfallen. Im Bezirk Arnsberg sind Lohnstreitigkeiten ausgetrohen.

× **Bergfeld, 28. Juli.** (Auf eigenartige Weise vom elektrischen Schlag getötet.) Auf dem Hofe des Schmiedemeisters Horstmann waren acht Arbeiter damit beschäftigt, einen Dampfkessel mit hochstehendem Schornstein zu verschieden. Dabei kam der Schornstein mit der elektrischen Leitung in Berührung. Alle acht Arbeiter wurden infolge des elektrischen Schläges zu Boden geschleudert. Sieben von ihnen, die in Holzhäusern arbeiteten, kamen ohne Verletzungen davon. Der achte, der Lederhühnertrug und in einer Wüste stand, war sofort tot.

× **Wetterstöt, 28. Juli.** (Seiner Frau 20 Messerstücke in den Kopf beigebracht) hat hier der Arbeiter Semt. Er erschien

unvermuthet in der Wohnung seiner Frau, von der er getrennt lebte, und versuchte, ihr die Augen auszukratzen, was ihm jedoch glücklicherweise nicht gelang. Außer den Messerstichen in den Kopf erlitt die Frau tiefe Schnittwunden an den Händen. Man hofft, sie am Leben zu erhalten. Der Mann wurde in Haft gelegt.

X Buz. 28. Juli. (Bootsunglück.) Auf dem Hahler Mühlenteich in Westerhörd kenterte am Sonntag abend ein Kahn, der mit Mitgliedern eines Gesangsvereins aus Dülkeln und zwei Damen besetzt war. Die beiden Damen und zwei Herren konnten sich mit knapper Not vor dem Tode des Ertrinkens retten. Der Sohn des Dirigenten ertrank und wurde eine halbe Stunde später als Leiche geborgen.

× **Hagen, 28. Juli. (Schweres Autounfall.)** Auf der Kreisungstraße nach Hagen verlegte an einem Kraftwagen plötzlich die Bremse. Der Wagen stürzte die Böschung hinab und riß die auf ihm befindlichen fünf Personen mit in die Tiefe. Der Kraftwagenführer triß sich schweren Verletzungen erlegen. Der Uhrmacher Bohle trug schwere Verletzungen an den Beinen davon. Die übrigen Mitfahrer wurden leicht verletzt.

× Wadersloh, 28. Juli. (Folgenschweres Autounfall.) Am Sonntag Abend fuhr zwischen Stromberg und Wadersloh ein mit vier Personen aus Wiedenbrück besetztes Auto in einer Kurve gegen das Gelände der über den Fortbach führenden Brücke. Einer der Insassen, Bierverleger Hausmeier, war sofort tot, zwei andere trugen schwere Verletzungen davon. Ein vierter wurde in den Bach geschleudert und erlitt infolgedessen nur leichte Verletzungen.

† **Hamborn**, 28. Juli. (Selbstmord im Beisein ihrer Freundin) verübte ein Dienstmädchen aus Homberg. Es zog Schuhe und Strümpfe aus, hängte eine Beile im Wasser und versank plötzlich mit dem Rufe „Auf Wiedersehen“. Rettungsversuche waren erfolglos.

† Essen, 28. Juli. (Ueberrfahren und gestöbt) wurde infolge eines unglücklichen Zufalls von dem Anführer eines Selbstmords am gestrigen Abend der 17jährige W. Rogge in der Segerothstraße. Er geriet mit seinem Fahrrad in die Straßenbahngleisen und konnte sich nicht rechtzeitig daraus befreien. W. starb auf dem Wege zum Arzte an den erlittenen Verletzungen.

4. **Glen, 28. Juli.** (Die Gewerkschaften für den Bau der Schnellbahn Köln-Dortmund.) Auf einer vor kurzem abgehaltenen gemeinsamen Konferenz der freien und der christlichen Gewerkschaften wurde die Frage der Milderung der Arbeitslosigkeit besprochen. Es wurde darauf hingewiesen, daß eine größere Zahl Arbeitsloser beschäftigt werden könnte, sofern die Schnellbahn Köln-Dortmund gebaut würde. Leider hätten sich in letzter Zeit starke Widerstände gegen das Projekt insbesondere aus den Kreisen des Bergbaues geltend gemacht. Die Gewerkschaften vertreten einmütig den Standpunkt, daß alles daran gesetzt werden müsse, diese Widerstände zu überwinden und mit dem Bau der Schnellbahn möglichst bald zu beginnen. Neben der Behebung der Arbeitslosigkeit komme auch vor allem der große volkswirtschaftliche Nutzen in Betracht, den die Schnellbahn für das gewaltige von ihr berührte Gebiet besitze. Die Gewerkschaftsvertreter wurden beauftragt, sowohl dem Reichsarbeitsminister wie dem Preussischen Minister für Handel und Gewerbe die Stellungnahme der Gewerkschaften zum Schnellbahn-Projekt mitzuteilen und daselbe nach jeder Richtung zu unterstützen.

† Kettwig, 28. Juli. (Eisenbahnunfall.) Auf der Bahnstrecke nach Heiligenhaus fuhr eine Lokomotive mit etwa zehn Appagagen in voller Fahrt auf eine Anzahl im Gleise stehende Beerdungen. Die Lokomotive wurde arg beschädigt; mehrere mitfahrende Arbeiter wurden verletzt. Dem Heizer wurden beide Beine gequetscht und durch heißes Öl schwere Brandwunden am Kopf beigebracht.

† Aachen, 28. Juli. (Tagung des Gesamtverbandes der Krankenkassen Deutschlands.) Im großen Saale des neuen Kurhauses wurde gestern vormittag durch den Reichstagsabge-

ordneten Behrens (Verflo) die neunte ordentliche Mitgliederversammlung des Gesamtverbandes der Krankenkassen Deutschlands (Stk Essen) eröffnet. Oberbürgermeister Jarwid überbrachte die Willkommenswünsche der Stadtverwaltung Aachen, Regierungsrat Sauerborn die des Reichsarbeitsministers und Geh. Oberregierungsrat Hoffmann die des preußlichen Wohlfahrtsministers. Es sprachen Geh. Oberregierungsrat Hoffmann über „Reuerungen aus dem Gebiete der Kranken- und Unfallversicherung“. Redner behandelte das in Bearbeitung befindliche Gesetz über Änderungen in der Unfallversicherung und das Wochenhilfe-Gesetz, das noch unberührt im Reichsrat liegt. Verbandsgeschäftsführer Schulte (Essen) referierte über „Arbeitslosenversicherung und Krankenversicherung“.

Sonntag, den 2. August 1925, nachmittags 3 Uhr.

Zum zweiten Male in diesem Jahre veranstaltet am kommenden Sonntag der Pferdesport- und Rennverein Gronau Pferderennen. Wieder steht neben Vollblut- und Halbblut-Jagd- und Fladrennen und einem Vollblut-Trabrennen das traditionelle Holland-Deutschland-Jagdspringen, das jetzt schon zum 7. Male zum Austrag kommt, auf dem Programm. Der Rennschluß für die Veranstaltung ist inzwischen gewessen und hat ein ganz ausgezeichnetes Ergebnis gehabt. Besonders für das Holland-Deutschland-Jagdpringen wurde diesmal ein Interesse an den Tag gelegt, wie nie zuvor. 25 Renner wurden für diese Konkurrenz abgegeben, darunter aus Holland: Rittmeister C. H. Laboulière's Sopie Elim und Capain, Kapitän de Kruffs Roland und Elscira und Oblt. Bahub de Mortange's Kameel. Die letzte Zulage dieser 3 erstklassigen holländischen Springreiter, auch tatsächlich am Sonntag in Gronau zu erscheinen, liegt vor. Rittmeister Laboulière siegte im November 1924 gegen die beste deutsche Vertretung in Berlin und erregte durch sein meisterhaftes Reiten das berechtigste Aufsehen des vermögenden Berliner Turnierpublikums. Oblt. Bahub de Mortange ist weltberühmt geworden durch seinen nationalen Sieg gegen die Elite des Auslandes auf der vorjährigen Olympiade in Paris. Kapitän de Kruff genieszt ebenfalls einen Ruf als herortragender Reiter; auch er hat internationalen Vorberren geerntet. Zum ersten Male seit seinem Aufstehen wird also das Holland-Deutschland-Jagdpringen eine Vereinfachung sein. Die Bedeutung seiner Namens auch wirklich entspricht. Die deutsche Streitmacht besteht, wenn man Herrn C. H. Königs Halbblut und Opera noch mit, zu der niederländischen Vertretung rechnet, aus 4 Pferden von Offizieren der Kaiserlichehule Hannover, ferner Lt. F. v. Thurn, v. Nagels samter Zauberslöde, Rittmeister Stenzels Amethyst, C. Wustes und v. Nagels Persefönig, Frau Hanebe's Nioize, Karl Rohnes Duzeruber, Frau Thea Gredewitz's Selene, der Siegerin des letzten Holland-Deutschland-Jagdpringens, Cornelius van Deldens Rothau und Hartas, weiter Morgenstern, Lofio, Schwarm, Rosmarin, Donna und Sumpf. Sie ist also zahlreich und stark genug, um der ersten niederländischen Konkurrenz einen Sieg recht schwer zu machen. Jedenfalls verpicht das 7. Holland-Deutschland-Jagdpringen diesmal ein Ereignis von allererstem Rang zu werden.

Für die Rennen sind genannt: Royal Fox-Hagrennen, für Vollblüter, 1600 Meter 24 Pferde; Na-Tu-Halbblut-Jagrennen, 3000 Meter 17 Pferde; Holland-Deutschland-Jagdringen (siehe oben); Peter die Gay-Trabrennen, für Vollbluttraber, 2400 Meter 11 Pferde; Thronstühle-Halbblut-Hagrennen, 1600 Meter 14 Pferde; Große Gronauer Steeplechase, für Vollblüter, 3400 Meter 21 Pferde. Auch hier ist also mit gutem Sport zu rechnen, zumal nicht nur alle befannteren Pferde von hannoversch-meißtälischen Halbblutrennplätzen, sondern auch eine ganze Anzahl guter Rennpferde aus dem Rheinland vertreten sein wird. Der Ausgang der Rennen, besonders der Vollblutrennen, ist deshalb ungewisser denn je, was den Reiz und die Spannung natürlich nur erhöhen kann. Wir kommen auf die Veranstaltung noch zurück.

Berliner Devisenkurse.

Die Kurse sind in Billionen Mark angegeben.

Die amtlichen Berliner Kurse	28. 7.		27. 7.		Zustellg. %
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Holland	168,38	168,79	168,44	168,86	100
Argentinien	1,690	1,694	1,691	1,695	100
Brüssel	19,375	19,415	19,41	19,435	100
Norwegen	77,50	77,70	77,20	77,40	100
Dänemark	97,18	97,42	95,63	95,87	100
Schweden	112,66	112,94	112,66	112,94	100
Finnland	10,573	10,613	10,573	10,613	100
Italien	15,32	15,36	15,415	15,455	100
London	20,373	20,423	20,372	20,422	100
Amerika	4,195	4,205	4,195	4,205	100
Frankreich	19,82	19,86	19,82	19,86	100
Schweiz	81,42	81,62	81,43	81,63	100
Spanien	60,84	61,00	60,85	60,71	100
Deutsch-Wien	59,067	59,207	59,062	59,202	100
Ungarn	5,895	5,915	5,895	5,915	100
Tschechen	12,434	12,472	12,434	12,474	100
Tokio	1,718	1,722	1,718	1,722	100
Rio de Janeiro	0,488	0,480	0,491	0,493	100
Jugoslawien	7,40	7,42	7,38	7,40	100
Bulgarien	3,033	3,043	3,035	3,045	100
Lissabon-Oporto	20,625	20,875	20,825	20,875	100
Danzig	80,85	80,77	80,77	80,97	100
Konstantinopel	2,335	2,345	2,335	2,345	100
Athen	0,69	0,71	0,69	0,71	100

tu. Berlin, 28. Juli. (Tel.) Die Börse eröffnete etwas unter der Basis der gestrigen Schlussnotierungen. Bekanntlich konnte sich das Niveau der Aktiennotiz am Montag etwas heben, da durch den Verlauf des Deutsch-Luxemburg-Aktienpatentes eine wesentliche Erleichterung der Lage im Stimmensorgen eingetreten sein dürfte. Es stellte sich aber heute, wie schon so oft in der letzten Zeit, heraus, daß Äußerlichkeiten außerhalb der Börse nach wie vor schelen, da die Ungewissheit über die weitere Entwicklung der Effektenmärkte trotz des gegenwärtig bereits reichlich gedrückten Kursniveaus noch groß ist. Selbst Kauterne lagen im Angebot, obwohl die Verhandlungen der deutschen Direktoren in Amerika eine Erweiterung des dortigen Kauterlages erwarten lassen und dem deutschen Kauterlagent für den Bedarfsfall größere Kredite zugesichert sind. Mit dem heranrückenden Ultimo erfahren die Zinssätze am Geldmarkt eine Unspannung. Für tägliches Geld forderte man heute 8½ bis 10 Prozent, für Monatsgeld 10½ bis 11½ Prozent, für Ausleihungen einige Tage über den Ultimo hinaus 10 bis 11 Prozent. Bemerkenswert war die auffallende Festigkeit der dänischen Währung im internationalen Devisenhandel. Der Kurs London-Kopenhagen stieg auf 20,60, sicherlich auf Betreiben der Devisenpekulation. Auch die übrigen nördlichen Devisen wurden hierdurch begünstigt. Das englische Pfund blieb gegen Newyork unverändert 4,85½. Deutsche Reichsmarknotierungen London 20,40, Paris 5,08, Amsterdam 59,29.

Auch im Verlauf der Börse bröckelten die Kurse langsam ab. So daß sich die späteren Umsätze unter den Anfangsnotierungen bewegten. Die Gefühlsstille wird gegenwärtig noch durch die Kellerei gefördert, da viele Börsenbesucher zur Zeit außerhalb Berlins weilen. Am Anleihemarkt ging die Kriegaanleihe gegen Schluß der zweiten Stunde mit 0,282½ um. Am Votammarkt sprangen Deutsch-Lug ihren anfänglichen Gewinn wieder her. Am Weissenmarkt blüht die ungewöhnlich feste Haltung von Roven-

hagen bestehen. Das Hauptgeschäft wurde in nordischen Werten getätigt, denen gegenüber alle übrigen Währungen in den Hintergrund traten.

h Düsseldorf, 28. Juli. (Eig. Draht.) Die Börse verkehrte in wesentlich ruhigerer Haltung als gestern. Doch war die Tendenz im Gegensatz zu Berlin als gut behauptet anzuprehen. Am Kohlenkursenmarkt wurden Ewals um etwa 2000 Mark höher umgelezt. Auch für König Ludwig war gute Nachfrage, während Langenbrunn und Graf Schwerin eher billiger im Angebot lagen. Sonst noch vereinzelt im Verkehr: Karoline, Diergard und Wilhelmine Meislin als teils gut behaupteten, teils etwas schwächeren Kursen. Von Kohlenaktien zogen Alder bei mehrfacher Nachfrage um etwa 1—1½ Prozent an. Dagegen lagen Lothringen etwas schwächer. Vereinzelt wurden noch Dahlbusch gehandelt, wobei der Kurs um 2½ Prozent nachgeben mußte. Westo und Carl Friedrich zu ungefähr letzten Breiten im Verkehr. Braunkohlenwerte gut behauptet, aber ohne besondere Anregung. Im Kalkmarkt Tendenz gut behauptet, zum Teil sogar etwas fester. Im Verkehr: Hünzburg, Königshall, Janja Silberberg, Heiligentroda, Braunsdöwz-Elneburg, Karlshall, Bernsdorf, Burggraf und Mariagluck zu teils behaupteten, teils etwas festeren Kursen. Für Hugo und Hofensels ungefähr letzte Kurse genannt, während Bergmannslegen um einige 100 Mark niedriger umgelezt wurden. Interesse bestand noch für Volsenroda, Burdach, Siegfried Giebel, Güntershall und Hope. Von Kalkaktien waren Krügershall um weitere 1 Prozent gestiegen und umgelezt. Die übrigen Kalkaktien bis auf Hallesche Kalk eher etwas schwächer bei geringem Verkehr. Wintershall, Niedersachsen, Hallesche Kalk und Kalkindustrie gefragt, letztere schwächeren sich im Verlauf um etwa 1 Prozent ab. Von Zinkaktien dagegen M. E. ziemlich unverändert, Verdingers Waggon dagegen um einige Prozent anziehend. Die Börse schloß ruhig, aber gut behauptet.

h. Köln, 28. Juli. (Fig. Drahtb.) Die Börse eröffnete in vollkommen luftloser Haltung, da Kaufaufträge seitens des Publikums und der Spekulation völlig fehlten. Die Kurse lagen anfangs meist unter den gestrigen Kassakursen. Am Montanienmarkt lag Balaat gut behauptet, während Phönix und Rhein. Braunkohle schwach lagen. Von Sonderwerthen setzten Stillwerd-Schotolabe fest ein, gaben aber im Verlauf etwas nach. Am Kassamarkt, der eine kleine Belebung brachte, konnten Aktien wieder angehen. Banken und Versicherungen ziemlich ruhig, Pfandbriefe schwächer. Die Börse schloß ruhig.

• **Deutsch-Lug bleibt in Deutschland.** Wie die „Köln. Ztg.“ hört, ist entgegen anderweltigen Meinungen das 21 Millionen Mark betragende, bisher im Besitz der Firma Hugo Stinnes gelegte Paket von Aktien der Deutsch-Lugemburgischen Bergwerks- und Hütten-A.G. in Bockum durch Vermittlung des Bankhauses J. Henry Schroder & Co. in London an eine deutsche Industriegruppe übergegangen. Schroder hat somit nur das Geschäft, dem Vernehmen nach in Gemeinschaft mit einer amerikanischen Gruppe, finanziert, so daß also der wertvolle Besitz in deutschen Händen verbleibt.

Berliner Produktenmarkt.

tu. Berlin, 28. Juli. (Tel.) Die Marktlage war heute überwiegend flau. Für die Abwicklung der Juli-Lieferung sind noch größere Anhebungen von Weizen, meist Aufratz- und Eitelweizen, sowie von neuem Roggen, Hafer und Mais erfolgt und allgemein kontraktlich erklärt. Dies hat auf laufenden Monat und vielleicht auch bis auf Herbstmonate gedrückt, mehr oder noch standen letztere unter dem Einfluß der Ungewißheit, ob die Zollentscheidungen hinausgeschoben werden oder nicht, weil die Verzögerung den Import von vergleichsweise billiger Augustware würde ermöglichen lassen. Die unbeständige Witterung hat manche Partien von Weizen wie Roggen beschädigt und daher einige Frage für Auslandsgetreide seitens der Mühlen veranlaßt. Gerste war ruhig, Hafer in alter Ware meist, neuer noch wenig angeboten. Mehl sehr still, auch Futterartikel ruhig.

aus **Berlin**, 28. Juli. (Tel.) Weizen, märk. 243—248, befestigt, Juli 263—265, Sept. 248—250, Oktober 249—252; Roggen, märk. 193—197, Juli 201—205, Sept. 198—205, Oktober 203 bis 206; Wintergerste 198—212, Futtergerste 187—195, rußig, Juli 185, maffer, Sept. 188; Mais, loco Berlin 213—215, ruhig, Juli 206; Weizenmehl 33—35, maff; Roggenmehl 27,5 bis 29,5, maff; Weizenkleie 13,60, fettig; Roggenkleie 13,70, fettig; Haaps 350—355, gefragt; Viktoriaerbsen 27—35, Speiseerbsen 25 bis 27, Futtererbsen 23—26,5; Fefelwüßen 23—26,5; Aferbohnen 24—26; Widen 28—28; Lupinen, blaue 12—13,50; Lupinen, gelbe 15—16,50; Rapfchuch 16,80—17; Feinfchuch 23,40—23,50; Sojapohlr 22; Torfmefse 9,75; Karfiolfchoten 26—26,20.

Drahtgepr. Roggenstroh 0,90—1,25; Haferstroh 0,75—1,—;
Weizenstroh 0,80—1,10; Gerstenstroh 0,50—0,90; Roggenlang-
stroh 1,30—1,80; Bindfadengepreßtes Roggen- und Weizenstroh
1,—1,40; Stäbcl 1,30—1,75; handelsüb. Heu 2,70—3,20; gutes
Heu 3,40—4,—; Milzheu, losc —; Kleeheu, losc 4,25—4,75.

Köln's Getreidemarkt.

b. Köln, 28. Juli. (Eig. Draht.) Roggen, inf., neue Ernte 20,75—21; Hafer, inf. 17,5—19,5; Hafer, ausl. 20,25—23,5; Wintergerste inf. 20,5—21; Weizen, gr. 21,75—22,25; Raps, prima trocken 36,5—37; Roggenmehl 30—31; Weizenmehl, 70prozent, 36,25 bis 37; Weizenkleie, brutto mit Saaf 11,75—15; Rübsäcken, lose 16,25—16,75; Weizenfuden, lose 18,5—19,75; Weizenfuden lose 24,75 bis 25,5; Spargelstroh, brutto mit Saaf 22,25—22,75; Weizenheu, inf., lose, neue Ernte 8,5—7; Kleeheu, inf., neue Ernte 8—8,5; Roggenstroh, gepr., neue Ernte 2,5—2,8; Weizenstroh, gepr., alte Ernte 2,5—2,8; Rohmelasse 10,5 RM. je 100 Kilo. Infolge anhaltend unbeständiger Witterung war neues Getreide wenig angeboten. Da hier durch die Nachfrage nicht befriedigt werden konnte, sogen die Preise etwas an. Ware vorjähriger Ernte kommt in nennenswerten Mengen nicht mehr an den Markt, wird daher auch nicht notirt. Futtermittel auf behauptet.

b. **Utenessen**, 28. Juli. (Eig. Drahtb.) Auftrieb 549. Im Großhandel kosteten: Ferkel von 6—8 Wochen 18—25, von 8—12 Wochen 25—36, von 12—15 Wochen 36—48, Fajelschweine über 15 Wochen 48—75 Mk. Tendenz: Das Geschäft verlief langsam.